GEV/-Zeitung Rheinland-Pfalz



4/2011





Widersprüchlich

Lesen bildet oder führt zumindest zu Erkenntnissen. Ein Redakteur bekommt viel zu lesen. Und wenn er dazu noch Deutschlehrer ist, verzweifelt er manchmal an den realen und virtuellen Papierbergen. Richtig anregend ist immer die Lektüre der diversen Landeszeitungen der GEW, die die Bildungspolitik andernorts authentisch beschreiben und kommentieren. Aufgrund anderer Grundüberzeugungen



logischerweise nicht immer so erquicklich ist das Lesen von Blättern der Konkurrenzorganisationen aus dem Beamtenbund.

Da staunt man schon, wenn einem zufälligerweise die Mitteilungsorgane des vlbs und des VBE gleichzeitig auf den Schreibtisch flattern. In einer der letzten Ausgabe von "vlbs-aktuell", so heißt das Info des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen, war zu einem Artikel über ein Gespräch mit Kurt Beck ein Foto abgedruckt, das die das Streikverbot für Beamten befürwortenden Vorsitzenden der Lehrerverbände in trauter Eintracht und entschlossen kampfbereit angesichts der Tarifrunde 2011 zeigte.

Justament zu diesem Zeitpunkt schloss sich der VBE - aufwändig dargestellt in seinem Mitgliedermagazin - der GEW-Kampagne für eine Angleichung der Bezahlung der Lehrkräfte in den verschiedenen Schularten an. Etwas anders formuliert, aber mit exakt der gleichen Botschaft: Es kann doch nicht sein, dass z. B. an den Realschulen plus KollegInnen aus unterschiedlichen Lehrämtern exakt die gleiche Arbeit leisten, aber unterschiedlich besoldet werden.

Tja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom VBE, mit dem die GEW so viel verbindet, und was sagen eure Mitbeamtenbündler, allen voran die Philologen, dazu? Sicher habt ihr deren konsequente Unterstützung für die Forderung nach "A 13 für alle"; wie auch schon bei eurem gemeinsamen Streben für ein längeres gemeinsames Lernen ...

Superidee

Apropos Mitgliederinfo: Auch der Landeselternbeirat hat ein solches zu bieten. Gestalterisch ein eher blasses Blättchen, das aber inhaltlich mit vielen klugen und gut geschriebenen Beiträgen aufzuwarten weiß, z.B. zum Thema Inklusion.

Dass so viel Progressivität bei Elternbeiräten nicht selbstverständlich ist, zeigt der "SEB-Club" aus Ludwigshafen. Das ist ein informeller Zusammenschluss von gymnasialen Elternvertretern, die sich um den Stellenwert ihrer Schulart sorgen und gegen den Unterrichtsausfall u.a. die komplette Verlagerung der Lehrerfortbildung in die unterrichtsfreie Zeit fordern. Wir meinen: eine Superidee, denn unsere 40.000 Lehrkräfte, die bekanntlich bei vollem Gehalt nur halbtags arbeiten, brauchen überhaupt keinen Urlaub und haben dann 12 Wochen im Jahr für Fortbildungen zur Verfügung. Nur sollte konsequenterweise von oben auch bestimmt werden, dass LehrerInnen ausschließlich in der unterrichtsfreien Zeit krank werden dürfen und in dieser auch alle Klassenfahrten durchzuführen sind.

Günter Helfrich

Meine Lieblingshintergründe

MIRKO S.

(gh) Zum Glück arbeiten wir hier mit Abkürzungen bei den Namen, denn Mirkos Nachnamen würde angesichts der Fülle der Konsonanten meine Tastatur zur Verzweiflung bringen. Mirko ist gebürtiger Bosnier mit deutschem Pass und für mich ein Musterbeispiel gelungener Integration. Ich kenne ihn - wen wundert's - aus einer netten kleinen Kneipe in meinem Revier, die seine Frau, eine Serbin, betreibt und in der so gekocht wird, wie es der gemeine Deutsche mag: Hausmannskost - gut, groß, günstig.

Mirko hilft dort manchmal aus, aber seine eigentliche Tätigkeit ist Fahrer bei einer kommunalen Busgesellschaft. Er übt seinen Beruf mit bewundernswerter Ruhe und Gelassenheit aus. Wo andere klagen, weil sie trotz Abitur und Studium in der Heimat keine Anstellung im akademischen Bereich gefunden haben, macht Mirko das Beste aus seiner Situation und freut sich auf seinen Touren durch die Vorderpfalz über nette Menschen und schöne Plätze.

In Kneipen wird bekanntlich viel gequatscht und oft geblendet. Gesprächig ist Mirko auch mit seinem beeindruckenden Wortschatz und seiner manchmal holprigen Grammatik, aber ein Blender ist er überhaupt nicht. Ganz im Gegenteil: Ich kenne kaum jemanden, der sich auf so vielen Gebieten fachlich fundiert auskennt und auch ganz konkret helfen kann. Mirko ist nicht nur handwerklich ein Ass und technisch stets auf dem neuesten Stand, er ist auch äußerst belesen.

Eine weitere große Stärke ist seine Fähigkeit zum differenzierten Denken. Wenn andere Migranten ihr Credo auf ihre tolle Heimat anstimmen, weist Mirko darauf hin, dass es ihm hier viel besser geht als "da unten", wie er zu sagen pflegt, wenn er über sein Herkunftsland spricht. Auf der anderen Seite sagt er Deutschen und insbesondere solchen mit nationalistischer Tendenz immer wieder ganz deutlich, was in diesem unserem Lande schief läuft bzw. in seiner Heimat besser war und ist.

So soll es sein: Integration, aber nicht Assimilation.

AUS DEM INHALT GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz Nr. 4/2011

Editorial / Meine Lieblingshintergründe Kommentar: Seite 3 Rolf Arnold: Evidenz - Qualität - Effizienz Seite 3 Tarifpolitik Ergebnis aus Sicht der GEW nicht zufriedenstellend! Seiten 4 - 5 Bildungspolitik Paul Schwarz berichtet vom Bochumer Kongress: Bildung - Schlüssel zur Zukunft LFG Realschule*-Info: Die neue Fachoberschule Seite 9

Schulen

Schulen		
 Auszeichnung für Zooschule Landau 	Seite	10
 2.891 Lehrkräfte in der 2. Ausbildungsphase 	Seiten	11 - 12
• Statistik: Allgemeinbildende Schulen 2010/11	Seite	12
Recht	Seite	13
Leserbrief / GEW-Fachtagung Inklusion	Seite	14
Kindertagesstätten / GEW-Hochschultag	Seite	15
Generation 60+ / Jubilare	Seiten	16 - 17
Tipps + Termine / Kreis + Region / Impressum	Seiten	18 - 23
Schulgeist	Seite	24

EVIDENZ - QUALITÄT - EFFIZIENZ

Rolf Arnold



Vor einigen Wochen konnte die deutsche Öffentlichkeit verfolgen, mit welcher Heftigkeit und Polarisierung Wissenschaftler in Deutschland über den Sinn der PISA-Vergleichstests zu streiten vermögen. Anlass war ein Artikel des Siegener Erziehungswissenschaftlers Hans Brügelmann, der in der Wochenzeit-

schrift DIE ZEIT (Nr.3/II) die These aufgestellt hatte, dass die schulischen Vergleichsuntersuchungen den Lehrerinnen und Lehrern in ihrer Unterrichts- und Förderpraxis nicht wirklich helfe.

Die problematische Nähe von Wissenschaft und Bildungspolitik

Die Reaktion ließ nicht auf sich warten, und sie war an Arroganz und Schärfe kaum zu überbieten. Vorgetragen wurde die Attacke durch Eckart Klieme und Manfred Prenzel, die beiden verantwortlichen Personen für die deutschen PISA-Tests - es meldeten sich somit zwei "Richter in eigener Sache" zu Wort, was der Objektivität ihrer Entgegnung bereits im Ansatz einiges von ihrer Substanz nahm. Zu Beginn platzierten beide zugleich eine ausgrenzende Bewertung, hinter der sich in Wahrheit jedoch eine Selbstüberhöhung verbarg. So wird dem Siegener Kollegen bescheinigt, er sei zwar "ein herausragender Pädagoge und engagierter Schulreformer, aber als Erziehungswissenschaftler (bleibe) er hinter dem Stand der Fachdiskussion zurück" - ein vernichtendes Urteil über jemanden, der einen Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft bekleidet. Hat sich die Universität/ Gesamthochschule Siegen und mit ihr die bei Berufungen stets beteiligten Fachgutachter so sehr vergriffen? Oder wird hier nicht mit Standards gemessen, bei denen man selbst gut wegkommt - eine durchsichtige, aber schlichte Selbstüberhöhung.

Auch der Hinweis auf den "Stand der Fachdiskussion" ist wenig sachlich, verschweigt er doch, dass es in dieser ganz unterschiedliche Diskussionslinien und Paradigmen gibt, welche Ausdruck des schier unauflösbaren Unterschieds zwischen einem geistes- und sozialwissenschaftlichem Zugang zu Fragen der Unterrichtsqualität und Schulentwicklung einerseits und dem Ideal ihrer quasi-naturwissenschaftlichen Messbarkeit und Gestaltbarkeit andererseits sind. Beide Zugänge treten nicht auf der Stelle: Während die empirisch-analytische Pädagogik ihre Verfahren in den letzten Jahrzehnten deutlich verfeinern konnte, haben sich auch die Konzepte einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik in der Pädagogik weiterentwickelt und dabei u.a. den veränderungstheoretischen Aspekt stärker herausgearbeitet, dass die zukünftigen Möglichkeiten eines Systems - auch Kognition und Emotion werden dabei in ihrer systemischen Dynamik gesehen - sich nicht aus einer noch so peniblen Berechnung des Bisherigen folgern oder gar gestalten lassen.

Ärgerlich ist jedoch nicht nur die Angriffigkeit der Entgegnung und Einseitigkeit des wissenschaftlichen Weltbildes, ärgerlich ist vielmehr der unverhohlen zur Schau getragene Stolz der empirischen Bildungswissenschaftler, welche die Bedeutung, die die Politik der empirischen Wende zumisst, irgendwie mit einer auch wissenschaftlichen Überlegenheit ihrer Formen der (Re-)Konstruktion von Wirklichkeit gleichsetzen - ohne nach den möglichen Risiken und Nebenwirkungen dieser Allianz zwischen Wissenschaft und Politik auch nur in Ansätzen zu thematisieren.

Komplementarität statt Konkurrenz

Immerhin ist in der Entgegnung von Klieme und Prenzel auch der Satz zu lesen: "Verschiedene Wissens- und Erkenntnisformen müssen sich ergänzen. Wer sie gegeneinander ausspielt, schadet der Seriosität der Wissenschaft und verhindert zugleich, dass Politik und Praxis tun, was nach Abwägung aller Erfahrungen, Daten und Forschungsergebnisse getan werden sollte" - eine paradigmenpluralistische Position, die man nur unterschreiben kann, die von den beiden PISA-Forschern allerdings an anderer Stelle sogleich dementiert wird, wenn sie pauschal gegen die von Brügelmann betonte Individualpädagogik zu Felde ziehen. Damit schlagen sie die Tür zu, die sie selbst einen Spalt breit geöffnet haben. Und auch ihre Argumentation, dass zu einem "kritisch-reflektierten Blick auf die Verhältnisse" eben auch verallgemeinernde, systematische Forschung gehört", der man im Prinzip ebenfalls nur zustimmen kann, verliert viel an Glaubwürdigkeit, wenn diese Kritik so gar nicht die Entstehungs- und Verwertungsbedingungen des eigenen Forschens in den Blick nimmt. Vielmehr liest sich das Plädoyer von Prenzel und Klieme so, als sei vergleichende Schulforschung ohne Risiken und Nebenwirkungen zu haben.

Es sind diese Nebenwirkungen, welche der PISA-Skepsis von Brügelmann eine zusätzliche Berechtigung verschaffen. Sicherlich "profitiert" die Erziehungswissenschaft von dem erstarkten bildungspolitischen Interesse an der empirischen Schulforschung, doch verleitet dieses auch zu einem disziplinären Opportunismus, der sich geschichts- und gedächtnislos einer politischen Machbarkeits- und Gestaltbarkeitsrhetorik zuordnet, die weit hinter dem über Jahrhunderte entwickelten Erkenntnisstand der Pädagogik zurückfällt. Zu den Einsichten dieser Individualpädagogik zählen u.a. folgende Einsichten, die hier nur thesenartig dargestellt seien:

- Erziehung ist Selbsterziehung und Bildung ist Selbstbildung. Dies bedeutet, dass die Gestaltung der schulischen Lernbedingungen zwar eine wesentliche, aber vielleicht noch nicht einmal die vorherrschende Rahmenbedingungen individueller Bildungs- und Kompetenzerfolgen darstellt. Die vergleichende Betrachtung von Kompetenz- und Leistungsentwicklung muss sich deshalb auf alle Faktoren einer Kultur und Gesellschaft beziehen und darf sich keine Ausschnittsblicke gönnen, wenn man nicht verkürzten Ursachenzuschreibungen, welche oft als Schuldzuschreibungen gelesen werden, aufsitzen möchte.
- Schulen entwickeln sich "von innen" heraus. Dies bedeutet, dass man Rahmenbedingungen schaffen muss, die diese inneren Potenziale zur Entfaltung kommen lassen. Standardisierung, Evaluierungen und Rankings alleine wirken hier bisweilen auch kontraproduktiv, da sie von den verantwortlichen Akteuren "vor Ort" oft bloß als erneute nur subtilere Kontrolle und Schulaufsicht erlebt werden. Diese Wirkungsbedingung kann man nicht einfach ignorieren und ihr durch eine einseitige Betonung der Datenerhebung zuarbeiten, ohne für das, was mit diesen Ergebnissen dann "gemacht" wird auch ein Stück weit Verantwortung zu übernehmen.
- Empirische Schulforschung kann der Bildungspolitik, der Gesellschaft und den Schulen selbst wichtige Trends und Evidenzen "vor Augen führen". Diese Ergebnisse wirken jedoch nicht per se, wie die von Prenzel und Klieme gewählte Überschrift "Doch, Pisa hilft den Schulen" unterstellt. Was in den Schulen sich wie verändert, ist vielmehr von den Rahmenbedingungen, der Schulleitung, der wertschätzenden Einbindung der Lehrenden, einem Lernkulturwandel und vielen anderen Faktoren abhängig. Diese gilt es zu stärken. Schließlich haben die PISA-Winner ihre bildungspolitischen und didaktischen Erfolge nicht wegen irgendwelcher Schulvergleichstests sondern wegen einer lernorientierten und nachhaltigen Unterrichtsdidaktik und raumgebender Formen der Schulentwicklung erzielt.

TARIFERGEBNIS AUS SICHT DER GEW NICHT ZUFRIEDENSTELLEND

Arbeitgeber verhindern Einstieg in einen Tarifvertrag für Lehrkräfte

Vor der dritten Verhandlungsrunde, die vom 9. bis 11.3 in Potsdam stattgefunden hat, haben am 2.3.2011 in Rheinland-Pfalz mehr als 2500 Tarifbeschäftigte an der zentralen Streikkundgebung in Mainz teilgenommen, die die GEW gemeinsam mit den Gewerkschaften GdP und ver.di organisiert hatte. Dieses Mal haben sich so viele tarifbeschäftigte Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte an dem Streik beteiligt wie noch nie zuvor in Rheinland-Pfalz.



An dieser Stelle gilt mein ganz besonderer Dank allen, die sich an den Streikvorbereitungen beteiligt, und an alle, die am Streik teilgenommen haben. Es war eine gute Stimmung an diesem Streiktag, und wir waren frohen Mutes, zumindest einen kleinen Teil unserer Forderungen durchsetzen zu können. Die Erwartungen, eine ordentliche Lohnerhöhung zu erhalten und endlich einen Einstieg in einen Tarifvertrag für

die Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte zu erstreiken, waren hoch und absolut berechtigt.

Leider wurden unsere Erwartungen zu einem wichtigen Teil nicht erfüllt. Die Gründe hierfür sind vielfältig, sicherlich lag es nicht an unserem Streikwillen.

Das nun vorliegende Ergebnis ist wahrlich kein Grund zum Jubeln und ein schmerzhafter Kompromiss.

Was die Lohnrunde angeht, so ist es uns gelungen, eine Erhöhung der Gehälter zu erwirken. Die Beschäftigten erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro.

Ab 1. April 2011 gibt es eine tabellenwirksame Entgelterhöhung von 1,5 Prozent. Das entspricht für dieses Jahr einem Zuwachs von im Schnitt 2,3 Prozent. Zum 1. Januar 2012 gibt es noch einmal 1,9 Prozent sowie hierauf weitere 17 Euro Entgelterhöhung.

Bei den Verhandlungen zu einer tariflichen Eingruppierung für Lehrkräfte (L-EGO) wollten die Arbeitgeber absolut nicht davon abrücken, auch künftig einseitig über die Bezahlung von tarifbeschäftigten Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften zu entscheiden. Je akzeptabler unsere Vorschläge waren - wir sind in unseren Forderungen den Arbeitgebern sehr entgegengekommen und haben gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften sogar









finanzielle Kompensationsangebote unterbreitet – umso stärker wurde der Widerstand der TdL. Ihr so genanntes "Angebot" fiel sogar noch hinter die von ihnen aktuell angewendeten Regelungen zurück. Dieses "Angebot" konnten wir nur ablehnen. Damit bleiben Lehrkräfte zunächst unverändert gegenüber allen anderen AkademikerInnen im öffentlichen Dienst schlechter gestellt und wir haben weiterhin eine Zweiklassen-Tarifregelung. Die Arbeitgeber haben dem Bildungsbereich mit ihrer Blockade einen schlechten Dienst erwiesen, da sie die Chance, im Tarifbereich Ruhe an den Schulen zu erreichen, verpasst haben.

In einer Zeit sich verschärfenden Lehrermangels das Einkommen der tarifbeschäftigten Lehrkräfte nicht auf das Niveau anzuheben, das sonst im öffentlichen Dienst gilt, ist kurzsichtig. Ich gebe unserer Verhandlungsführerin Ilse Schaad absolut recht, wenn sie sagt: "Dies ist das falsche Signal an junge Menschen. Das wird auch künftig für Unruhe an den Schulen sorgen!"

Mit dem Tarifabschluss ist das Thema Lehrkräfte-Tarifvertrag für uns jedoch nicht vom Tisch. Für die Lehrkräfte im Osten, die den weitaus größten Teil der bundesweit rund 200.000 Angestellten im Schuldienst ausmachen, besteht – anders als bei den Lehrkräften im Westen – wegen L-EGO zurzeit noch Friedenspflicht, d.h. sie dürfen deswegen noch nicht streiken.

Die GEW hat aber mit dem Tarifabschluss für sie ein Sonderkündigungsrecht zum 31.12.2011 erwirkt. Ab 2012 können somit die tarifbeschäftigten Lehrkräfte nicht nur im Westen, sondern

bundesweit Arbeitskampfmaßnahmen durchführen.

Es ist vielleicht nur ein kleiner Trost, und ich kann alle verstehen, die sauer und maßlos enttäuscht sind, was das Verhandlungsergebnis im Hinblick auf einen Lehrkräfte-Tarifvertrag angeht. Wir können allerdings in Zukunft nur etwas erreichen, wenn sich alle Tarifbeschäftigten kampfbereit zeigen und wir willig sind, beharrlich unsere gemeinsamen Ziele durchzusetzen. Ich sage deshalb: Der Kampf geht weiter, wir lassen uns von sturen und starrköpfigen Arbeitgebern nicht entmutigen und geben nicht auf. Unsere Forderungen sind mehr als berechtigt.

Das Tarifergebnis ist ein schmerzhafter, schwer zu verdauender Kompromiss. Nach Abschluss der Verhandlungen hat die Bundestarifkommission trotz massiver Kritik an der vordemokratischen Haltung der Arbeitgeber hinsichtlich der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte mit knapper Mehrheit dem erzielten Tarifergebnis zugestimmt - vorbehaltlich der Zustimmung durch eine Mitgliederbefragung (Ergebnis war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt).

Die GEW erwartet von der Landesregierung die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Unabhängig davon werden wir natürlich weiterhin mit unseren Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Schulen und Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf die Landesregierung und die demokratischen Parteien zugehen. Hierbei hoffe ich auch in Zukunft auf tatkräftige Unterstützung, denn nur gemeinsam sind wir stark.



Fotos S. 4 + 5: 7 x BENZ / oben rechts S. 5: Julius





BILDUNG - SCHLÜSSEL ZUR ZUKUNFT

Paul Schwarz berichtet vom Bochumer Kongress

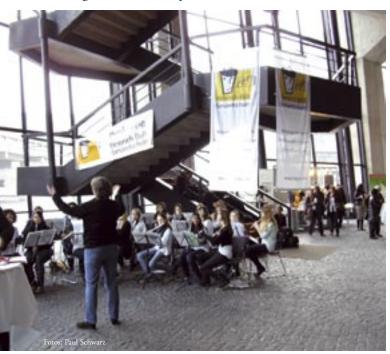


Unter dem Thema "Schule, Kommune, Region - Bildungspolitische Akteure stärken" fand an der Universität Bochum zum fünften Mal das Bildungspolitische Symposium des Landes Nordrhein-Westfalen statt. Das rund 1500 Personen zählende Forum wird gern als "Drehscheibe" für den fachlichen Austausch, persönliche Kontakte und individuellen Informationsbedarf genutzt.

In ihrer Eröffnungsrede unterstrich Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, die Schlüsselfunktion von Bildung in der Gesellschaft, verwies gleichzeitig aber auch auf den Schlüsseldienst der ErzieherInnen und LehrerInnen in diesem Land. Sie prangerte an, dass wir es hierzulande immer noch nicht geschafft hätten, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln. "Wir sollten uns hier von anderen Ländern inspirieren lassen", sagte sie unter starkem Beifall der ZuhörerInnen.

"Wir retten mit Milliarden die Banken, aber nicht die Bildung"

In ihrem Referat "Zukunft gestalten - Gemeinsame Wege vereinbaren" nahm die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, den Schäferschen Gedanken auf und betonte, dass "kein Kinder zurückgelassen" werden dürfe. Wir seien in Deutschland freilich noch weit von diesem Ziel entfernt. Die "schulische Integration", die "Chancengleichheit" und die "Verringerung der Zahl der Schulabbrecher" seien große Herausforderungen. Investition in Bildung verringere die sozialen Reparaturkosten, die den Kommunen die Luft zum Atmen nehmen würden. Duisburg gebe heute schon mehr für Heimunterbringung als für Kitas aus. "Wir retten mit Milliarden Banken, aber nicht die Bildung", so die Ministerpräsidentin. Im Gesamthaushalt von 55



Milliarden sieht NRW 1 Milliarde Euro für die "Vorbeugung von Risiken und für Bildung" vor. "Die geplante Gemeinschaftsschule in NRW stößt auf immer mehr Zustimmung im Land", freute sich Kraft. Diese Schule setze auf Konsens, die Zeit des Schulkriegs sei vorbei. In einer Gemeinschaftsschule könne auch am besten die UN-Behindertenkonvention umgesetzt werden.

"Bis 2020 80 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ beschulen"

Im Anschluss an Krafts Referat übergab Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB Bezirk NRW, der Ministerpräsidentin das Bochumer Memorandum II, in dem "Bildung als Schlüssel für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit" definiert wird.

Die wichtigsten Leistungsziele bis 2015:

- 1. Um dem gesetzlich vorgegebenen Ziel nachzukommen, bis 2013 für 35 Prozent aller unter dreijährigen Kinder Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, müssen ab 2011 bis 2013 jährlich 30 000 Plätze zusätzlich geschaffen werden.
- 2. Das Sitzenbleiben soll an allen Schulformen deutlich und nachhaltig reduziert werden.
- 3. Der Anteil der SchülerInnen, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, soll bis 2015 halbiert werden. Dieses Ziel sei nur zu erreichen, so Müller- Lauber, wenn man die SchülerInnen der Förderschulen, die mit 53 Prozent mehr als die Hälfte der jungen Menschen ohne Schulabschluss ausmachen, in entsprechende Maßnahmen einbezieht.
- 4. Der Anteil der SchülerInnen mit mindestens einem mittleren Schulabschluss soll von 2011 bis 2015 von 75 Prozent auf 84 Prozent gesteigert werden.
- 5. Der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Bildungsbeteiligung soll deutlich abgeschwächt werden.
- 6. Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Berufsausbildung. Bis 2015 muss die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, landesweit von 17 Prozent auf unter drei Prozent gesenkt werden
- 7. Die Studienabschlussquote soll in den kommenden Jahren so gesteigert werden, dass der OECD-Durchschnittswert von 38 Prozent (2008) im Jahr 2015 in NRW erreicht wird.
- 8. Die Mittel für die Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW sollen kontinuierlich auf einen Anteil von einem Prozent des Bildungsetats des Landes angehoben werden.
- 9. Die Bildungsbeteiligung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund soll an die der SchülerInnen ohne Migrationshintergrund angeglichen werden. Besonders deutlich wird die unterschiedliche Bildungsbeteiligung am Gymnasium. Dort lernten im Schuljahr 2009/10 von allen Achtklässlern ohne Migrationshintergrund 40 Prozent, von allen Achtklässlern mit Migrationshintergrund jedoch nur 17 Prozent.
- 10. Das erklärte politische Ziel, in den nächsten 10 Jahren 85 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ zu beschulen, bedarf angesichts des Ausgangswertes, der im Schuljahr 2009/10 bei 15,5 Prozent lag, großer Anstrengungen. Bis

zum Jahr 2015 muss der Anteil von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regeleinrichtungen jährlich um sieben Prozentpunkte gesteigert werden. Als vorläufig wichtigstes Ziel gilt, dass alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die eine Grundschule besuchen, auch in der Sekundarstufe ihre Schullaufbahn integrativ - d.h. auf einer allgemeinen Schule - weiterführen können. Um dies zu gewährleisten, muss umgehend ein Inklusionsplan erarbeitet und umgesetzt werden.

"Nachhilfebürokratie Bildungspaket"

"Gute Bildungspolitik ist präventive Arbeitsmarktpolitik" unterstrich Prof. Dr. Jutta Allmendinger, die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, in ihrem Vortrag. Deutschland habe es bisher nicht geschafft, den Sockel von Bildungsarmut zu reduzieren. Zwischen 9 und 14 Prozent bundesweit verlassen Jugendliche ohne Abschluss die Schule, jeder 5. Migrant breche die Schule ab, jeder 7. Jugendliche sei ohne Berufsausbildung, ein Drittel der Azubi breche im 1. Jahr die Ausbildung ab und 15-20 Prozent der Jugendlichen seien nicht ausbildungsfähig, und ein Fünftel der 15jährigen, so PISA, sei leistungsschwach, könne zwar lesen, aber das Gelesene nicht wiedergeben. "Wir sprechen von Excellenzuniversitäten, geben aber der breiten Bevölkerung wenige Chancen, gebildet und ausgebildet zu sein". Die Schere zwischen Bildungsreichen und Bildungsarmen gehe in Deutschland immer weiter auseinander, ein Nachteil für die Demokratie, "denn Bildung hat auch mit politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe zu tun". Gegen die "Nachhilfebürokratie" Bildungspaket müsse mehr über Kompetenzen und Bildungsarmut in dieser Gesellschaft gesprochen und vor allem gegen die wachsende Bildungarmut etwas getan werden.

Kompetenzen wie Mitmenschlichkeit, Toleranz und Nächstenliebe

Auch die frühere Landesbischöfin der ev.-luth. Landeskirche Hannover, Dr. Margot Käßmann, nahm sich in ihrem Vortrag des Themas Bildungsarmut an ("Kinderarmut = Bildungsarmut?"). "Das Thema Kinderarmut habe ja einen doppelten Klang, meinte sie: "Deutschland ist arm an Kindern, und viele Kinder, jedes sechste im Land, ist arm". Zur Grundbildung eines Menschen gehörten nicht nur die von der PISA-Studie abgefragten sprachlich, literarischen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen, sondern auch ethische, soziale und religiöse Bildung ebenso wie ästhetische, medienkritische, ökologische, geschichtliche, zukunftsfähige und lebensphasengerechte Bildung. Darauf legten auch Migrantenfamilien wert. "Wir wissen aus Studien, dass etwa türkische Einwanderer große Hoffnungen auf die Bildungsleistung ihrer Kinder setzen, ganz anders als populistische Pamphlete vermuten lassen." Allerdings hätten sie keinerlei Erfahrungen mit dem deutschen Schulsystem, kennen die Regeln nicht, wissen nicht, was und wie sie ihre Kinder fördern können.

Ein weiterer Gedanke von Käßmann: "Auch wenn in unserem Land die Säkularisierung unübersehbar ist, denke ich grundsätzlich: Kinder brauchen Religion". Wo könnten Kinder heute ihre existentiellen Anfragen stellen, fragt sie? Viel zu oft würden sie schlicht abgebügelt. Deshalb bräuchten Kinder Vorbilder. Sie und auch die Jugendlichen suchten Orientierung an Erwachsenen. "Sie wollen wissen, was Erwachsene glauben, wo sie Halt finden, um für sich selbst einen Weg zu finden in Identifikationen oder auch Abgrenzung." Dabei müssten die Vorbilder nicht immer gleich Heilige sein.



Zurzeit werde allseits der Verlust von Werten beklagt. "Wo sind sie geblieben, die Orientierungsmaßstäbe, die gemeinsamen Grundüberzeugungen? Geht das Gewebe verloren, das die Gesellschaft zusammenhält?" Da seien in einer evangelischen Kindertagesstätte 66 Kinder aus 15 Nationen versammelt, von deren Familien 80 Prozent von Sozialhilfe abhängig seien. Wie solle eine solche Tagesstätte auf die derzeitige Diskussion um Bildungsanforderungen an Kitas reagieren? Familie, Kita und Schule, so Käßmann, brauchten die Ermutigung und den Beistand der Gesellschaft. Lehrerinnen und Lehrer hätten mehr verdient als schnöde Witze über kurze Arbeitszeiten? Wird in der Schule für das Leben gelernt? Letztlich, meinte die ehemalige Bischöfin, gehe es nicht nur um den Zugang zu Laptops und Internet, sondern um das Erlernen von Kompetenzen wie Mitmenschlichkeit, Toleranz und Nächstenliebe. Kommunikation sei kein virtuelles Geschehen, sondern müsse von Mensch zu Mensch erprobt werden.

Foren und Werkstätten

In 30 Foren und Werkstätten wurden die brennenden Themen erörtert und diskutiert. Zwei seien herausgegriffen:

"Länger gemeinsam lernen"

In seinem Referat begann Prof. Matthias von Saldern von der Leuphana-Universität Lüneburg mit einer Kritik. "Der Unterricht in der NRW-Gemeinschaftsschule erfolgt in den Klassen 5 und 6 in integrierter Form. Für die 7. Klasse oder später entscheiden die Schulen, ob die Kinder weiter gemeinsam oder nach schulformspezifischen Bildungsgängen getrennt unterrichtet werden". Saldern bezeichnet dies als eine "Katastrophe". Für ihn sei es besser, "die Verbindlichkeit der Grundschulgutachten aufzuheben und den Prognoseunterricht abzuschaffen." Am besten sei es, das Grundschulgutachten ganz abzuschaffen und eine schulformspezifische Unterrichtung anzustreben. Das "Sortieren" reduziere auch das soziale Lernen. Die heterogene Lerngruppe biete einige Vorteile: Die leistungsstarken Kinder lernten, dass sie auch mit weniger leistungsstarken klar kommen müssen. Zudem lernten sie besser durch das peer-tutoring. Die leistungsschwachen Kinder lernten, dass es stärkere als sie gibt und dass sie dennoch nicht weniger wert seien. Zudem lernten sie besser durch das starke Vorbild.

Die Schule der Zukunft zeichne sich durch folgende Kriterien

- Flexible Anpassung der Lernwege, Lerninhalte, Lernzeiten und Lernziele an den jeweiligen Entwicklungsstand (adaptiver Unterricht)
- Differenzierte Lerndiagnosen
- Individualisierung und Differenzierung
- Mehr selbstständigkeitsorientierte und kooperative Lernformen
- Lernberatung und individuelle Unterstützung.

Anstelle von Noten und meist nicht verstandenen Lernentwicklungsberichten müssten Kompetenz-Rastermodelle eingeführt werden, die den Leistungsstand eines jeden Schülers und jeder Schülerin für alle Beteiligten präzise weitergibt. "Auf der Basis eines solchen Rasters müsste der nächste Lern- und Entwicklungsschritt geplant werden. Unter diesen Aspekten sind die neue Oberschule, aber auch eine große Menge bereits bestehender Schulen noch nicht auf dem Weg zu einem flexiblen, adaptiven und leistungsstarken Schulsystem".

"Inklusion in schooldevelopment"

Europäischer Austausch von Erfahrungen mit Inklusion aus gewerkschaftlicher Sicht.

Niels Chr. Sauer und Burckhardt Sievers, Dänemark

Dr. Martin Hiebrink, Dr. Rilana Beumkes und Dr. Hans Niewkerk, Niederlande

Moderation: Manfred Diekenbrock, GEW NRW

Wie sieht es in den Niederlanden aus?

Allgemeinbildende Schulen und Spezialschulen für Primarerziehung arbeiten zusammen in einem Netzwerk. Durchschnittlich haben ca. fünf Prozent dieser SchülerInnen Förderbedarf. Bevor SchülerInnen von der Primarstufe zur Sekundarstufe wechseln, wird untersucht, ob Lernunterstützung oder ein praktisches Übungsprogramm notwendig ist.

Sonderschulen sind in 34 Regionalzentren gruppiert und nach vier Clustern untergliedert:

Cluster 1: Sehbehinderungen

Cluster 2: Hör- und Kommunikationsbehinderungen

Cluster 3: Körperliche, geistige und mehrfache Behinderungen

Cluster 4: Verhaltens- und psychische Probleme.

Eltern können ein individuelles Budget für ihr Kind beantragen, um besonders intensive Betreuung zu ermöglichen. Es bestehen zwei Optionen: Einschulung in Regelschulen (mit spezieller Unterstützung) oder Einschulung in Sonderschulen.

Die Problembereiche im gegenwärtigen System

- Eine wachsende Zahl von SchülerInnen bekommt besondere Förderung und wird auf diese Weise etikettiert.
- Der Etikettierungseffekt hat einen Gegeneffekt zur Förderung des einzelnen Kindes
- Viele SchülerInnen sind noch zuhause und besuchen keine Schule.
- Die Qualität der Sonderschulen ist unter dem gewünschten Standard, was hauptsächlich dem schnellen Wachstum zuzuschreiben ist
- Die Lehrer sind schlecht vorbereitet. Sie verfügen nicht über die notwendigen Spezialkenntnisse für SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf.
- Das Unterstützungssystem ist zu wenig integriert. Die Sektoren

(allgemeine Erziehung, Sonderpädagogik) arbeiten zu wenig im Sinne einer Kooperation zusammen.

- Eltern haben massive Schwierigkeiten, einen adäquaten Platz für ihr Kind zu finden, und ersticken in Bürokratie.
- Die finanzielle Ausstattung ist unzureichend, und es gibt Unsicherheiten hinsichtlich des adäquaten Mitteleinsatzes.

Konsequenzen:

Förderschul-Pädagogen werden überflüssig. Etwa 6000 Stellen sind bedroht, viel Kompetenz wird verloren gehen. LehrerInnen in Regelschulen werden sich stärker als bisher um SchülerInnen mit Behinderungen kümmern müssen, dafür aber keine Ressourcen oder spezielle Supervision erhalten.

Wie sieht es im dänischen gymnasialen System aus?

Die 1.-9. Klasse wird an einer voll integrierten Gesamtschule (Volksschule) für alle Schüler durchgeführt. Generell wird hier nur individuell differenziert. Im Prinzip wird der gleiche Stoff für alle SchülerInnen gleichzeitig unterrichtet.

Sonderschulen existieren nur in sehr begrenztem Umfang. Sie sind den Kindern mit schweren Behinderungen vorbehalten. SchülerInnen mit Lernschwierigkeiten bekommen entweder in der Stammklasse besondere Förderangebote oder sie werden an der Regelschule in speziellen Sonderklassen unterrichtet. Gut acht Prozent aller SchülerInnen erhalten eine spezielle Förderung, die meisten davon Leseförderunterricht.

Fast 60 Prozent eines Jahrgangs wählen nach der 9. oder 10. Klasse eine gymnasiale Ausbildung, gut 50 Prozent beenden die Ausbildung mit dem Abitur. Etwa 20 Prozent brechen ihre gymnasiale Ausbildung ab. Im Vergleich dazu liegt die Abbrecherquote bei beruflichen Jugendausbildungen wesentlich höher.

In den Tarifverträgen ist bindend vorgeschrieben, wie viele Stunden ein Gymnasium für speziell ausgebildete BeratungslehrerInnen aufwenden muss. Diese GymnasiallehrerInnen, die ungefähr die Hälfte ihrer Arbeitszeit für die Beratung der SchülerInnen und Klassen verwenden, leisten den wichtigsten Beitrag zur Inklusion.

Neben den BeratungslehrerInnen haben alle Schulen eine feste Zusammenarbeit mit Schulpsychologen. Der Bedarf ist steigend. Viele junge Menschen haben Probleme, die eine fachliche Behandlung erfordern.

Für die fachlichen Probleme gibt es einen breit gefächerten Katalog an Maßnahmen. Zu diesen Maßnahmen zählen ein Eingangstest der Lesefähigkeiten (Screening), spezieller Leseförderunterricht durch fortgebildete DänischlehrerInnen, durch LehrerInnen betreutes Hausaufgabencafe, zielgerichteter Unterricht in Studientechniken (oft durch die BeratungslehrerInnen) und als neueste Maßnahme der sog., Hausaufgabenkerker (Schreibgefängnis). Privater Nachhilfeunterricht existiert in Dänemark praktisch nicht.

Ein Erfolgserlebnis zum Schluss: Im Sommer 2010 beendeten die ersten Abiturienten am Kopenhagener Gymnasium "Hoje Taastrup" erfolgreich ihre dreijährige Ausbildung in einer eigens für SchülerInnen mit der Diagnose Asperger-Syndrom eingerichteten kleinen Klasse von sieben SchülerInnen. In diesem Jahr folgt dort eine weitere Klasse und eine an einer Schule in Aarhus. Wenigstens fünf Gymnasien haben nun spezielle Asperger-Klassen eingerichtet.

Landesfachgruppe Realschule plus informiert:

DIE NEUE FACHOBERSCHULE VOR DEM START

Nach den Sommerferien wird es ein weiteres Bildungsangebot geben, welches eine Antwort auf die heutigen Anforderungen und Nachfragen von Gesellschaft und Wirtschaft an den Bildungsbereich geben soll.

Die Fachoberschule an der RS plus bietet den Jugendlichen die Möglichkeit mit einem sehr berufsbezogenen Schulabschluss ihre Berufschancen zu verbessern, da die Nachfrage aus der Wirtschaft nach berufsnah ausgebildeten SchulabgängerInnen stark gestiegen ist.

Ein Abschluss an der FOS (Fachhochschulreife) berechtigt zum Studium an einer Fachhochschule und ermöglicht es durch den anschließenden einjährigen Besuch einer Berufsoberschule II die allgemeine Hochschulreife (Abitur) zu erreichen.

Die FOS erteilt diese Qualifikation nach dem 2-jährigen erfolgreichen Besuch, in welchem im 1. Jahr an 3 Tagen in der Woche ein Praktikum in einem Betrieb absolviert und an 2 Tagen in der Schule gearbeitet wird. Im 2. Jahr wird an 5 Tagen in der Woche unterrichtet.

Die Voraussetzungen für den Besuch einer FOS sind:

- Schulische Leistungen: qualifizierter Sekundarabschluss I mit einem Notendurchschnitt nicht schlechter als 3 und in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch keine Note unter ausreichend
- Die SchülerInnen müssen einen Vertrag mit einer geeigneten Praktikumseinrichtung (Betrieb/ Verwaltung) über ein einjähriges Praktikum vorlegen.
- Zudem dürfen die SchülerInnen noch keine Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Nachdem Landtag und Regierung in Rheinland-Pfalz mit der Schulstrukturreform die gesetzliche Grundlage für dieses neue Angebot gelegt hatten, konnten sich Realschulen plus um eine Option auf Einrichtung einer FOS bewerben.

Fast 40 Schulen machten von der Möglichkeit Gebrauch, und das Bildungsministerium wählte aus dieser Zahl 12 Schulen aus, welche ab dem Schuljahr 2011/2012 mit der FOS beginnen werden.

Es werden folgende Fachrichtungen/Fachrichtungskombinationen angeboten:

- Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung: 2 Optionsschulen
- Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung/Gesundheit: 7 Optionsschulen
- Fachrichtung Technik (Technische Informatik): 2 Optionsschulen
- Fachrichtung Technik (Metalltechnik): 1 Optionsschule

Mit der FOS an der RS plus wird erstmalig ein Schulangebot der Berufsbildenden Schule an Allgemeinbildenden Schulen eingerichtet.

Die Rekrutierung und Qualifizierung der Lehrkräfte, organisatorische Probleme bei der Einrichtung und die Sicherstellung des

Erreichens der Abschlussanforderungen sind dabei Problembereiche, die teils kritisch gesehen werden, deutlich erkennbar jedoch auch neue Chancen bieten.

Wenn es gelingt, die genannten Schwierigkeiten auszuräumen, dann können alle Betroffenen von diesem Angebot profitieren:

- Die Schülerinnen und Schüler, da sie einen Ausbildungsgang entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten wählen können.
- Die Eltern, da sie ein noch breiteres Angebot an Abschlussmöglichkeiten für ihr Kind an der RS plus finden können.
- Die Betriebe und Verwaltungen, da sie jetzt ihren steigenden Bedarf berufsnah ausgebildeter Fachkräfte decken können.
- Die Kommunen, da sie ein umfassendes Bildungsangebot vorhalten können und u.a. damit einer Abwanderung junger Menschen entgegenwirken können.
- Die Berufsbildenden Schulen, da durch das FOS Angebot an den RS plus ihre Chancen auf die Einrichtung einer Berufsoberschule (BOS) II in den kommenden Jahren deutlich steigen.
- Die Fachhochschulen, die an den FOS-Standorten Studenten rekrutieren können.
- Die Realschule plus, da sie ihren Schülern ein erweitertes Bildungsangebot bieten kann.

Die Landesfachgruppe RS plus sieht sowohl Chancen als auch Risiken der FOS, rechnet jedoch mit einer Steigerung der Attraktivität der RS plus im Wettbewerb mit den anderen Schularten.

Begrüßt wird dabei insbesondere, dass den Schülerinnen und Schülern ein weiteres Angebot gemacht wird, das ihren Fähigkeiten und Neigungen entgegenkommt und ihnen erstmals die Möglichkeit eröffnet, an der RS plus einen S II - Abschluss zu erreichen.

Henning Caspari



Auszeichnung für Zooschule

"Die Universität ist stolz auf diese erneute Auszeichnung der UNESCO für die Zooschule Landau. Sie ist ein Imageträger für die Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz", sagte der Präsident der Universität Koblenz-Landau, Prof. Dr. Roman Heiligenthal, anlässlich der Preisverleihung auf der diesjährigen Didacta in Stuttgart.

Neben Heiligenthal nahmen die Leiterin der Zooschule, Dr. Gudrun Hollstein, der Leiter des Landauer Zoos, Dr. Jens-Ove Heckel, und mehrere Studierende Urkunde und Würdigung aus den Händen des Vorsitzenden des Nationalkomitees der UN-Dekade in Deutschland und Mitglied der Jury, Prof. Dr. de Haan, entgegen. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat die Zooschule Landau zum dritten Mal als offizielles Projekt der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet. Die Auszeichnung erhalten Einrichtungen, die die Anliegen dieser weltweiten Bildungsoffensive der Vereinten Nationen vorbildlich umsetzen und dadurch Kindern und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln vermitteln. Dieses "innovative Projekt" Zooschule Landau, so de Haan, "soll andere ermutigen, es nachzumachen". Deshalb dreht der Landauer Pädagoge und Filmemacher Dr. Paul Schwarz darüber einen Film, der neben dem Einsatz in der Bildungsregion Südpfalz auf nationalen und internationalen Umwelttagungen gezeigt werden soll. Der erste Dreh fand jetzt in Stuttgart statt.

Auch für das Projekt "Umweltbildung für Dschibuti" erhielt die Zooschule im Jahr 2008 eine UN-Auszeichnung. Es handelt sich um



ein gemeinsames Projekt der Zooschule Landau, des Zoos Landau und Umweltverbänden der nordostafrikanischen Republik Dschibuti. Ziel ist es, in Dschibuti Voraussetzungen für Umweltbildung zu schaffen, diese in Gang zu bringen und dauerhaft zu unterstützen. Mitte April fliegen Zoodirektor Heckel und die ehemalige Zoopädagogin Nadine Zielenbach, die Unterrichtsmaterialien entwickelt hat, in dieses afrikanische Land, um mit dschibutischen Lehrkräften in Workshops zu arbeiten. Diese umwelterzieherische Arbeit in Dschibuti soll ebenfalls in den Film aufgenommen werden.

рm



2.891 Lehrkräfte in der Zweiten Phase der Lehrerausbildung

Zum Statistikdatum 01.10.2010 waren 2891 angehende Lehrkräfte in der Ausbildung in den Studienseminaren. Es muss positiv gewürdigt werden, dass die Anzahl der LehramtanwärterInnen / ReferendarInnen in einem Zeitraum von zehn Jahren um ca. tausend gesteigert wurde. Auf die Lehrämter verteilen sich die 2891 LAAs/Refs wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

	zusammen	weiblich
Grund- und Hauptschulen	823	86%
Förderschulen	148	88%
Realschulen	476	66%
Gymnasien	1039	58%
berufsbildende Schulen	405	51%

Im Bereich der Grund- und Hauptschulen ist die Anzahl der LehramtsanwärterInnen seit 2006 geringfügig zurückgegangen.

Auch bei den Förderschulen gibt es einen Rückgang. Für den Bereich Realschulen, Gymnasien und Berufsbildenden Schulen gibt es weiter steigende Zahlen. Unter den StudienseminarteilnehmerInnen sind 233 SeiteneinsteigerInnen: 1 für das Lehramt Grund- und Hauptschulen, 3 für das Lehramt Realschulen, 203 für das Lehramt Gymnasien und 26 für das Lehramt berufsbildende Schulen.

Fach	Anzahl	Bezug Gesamtzahl
Grundschulpädagogik	769	26,6%
Deutsch	676	23,4%
Englisch	409	14,1%
Mathematik	383	13,2%
Sport	348	12,0%
Erdkunde	282	9,8%
Biologie	276	9,5%
kath. Religionslehre	273	9,4%
Geschichte	254	8,8%
Sozialkunde	184	6,4%
Französisch	160	5,5%
ev. Religionslehre	159	5,5%
Chemie	127	4,4%
Betriebswirtschaft	113	3,9%
Lernbehindertenpädagogik	105	3,6%
Musik	92	3,2%
Sozialkunde/Politikwissenschaft	91	3,1%
Bildende Kunst/Kunst	67	2,3%
Physik	64	2,2%
Geistigbehindertenpädagogik	56	1,9%
Wirtschafts- u. Arbeitslehre - Haushalt	54	1,9%
Verhaltensbehindertenpädagogik	52	1,8%

Betrachtet man die Fächer, in denen die Ausbildung erfolgt, so zeigt die nebenstehende Tabelle die Schwerpunkte (Fallzahlen >50):

Von den SeiteneinsteigerInnen haben 69 das Fach Chemie, 67 Mathematik, 63 Physik, 54 Biologie, 32 Englisch, 27 Bildende Kunst/Kunst, 23 Informatik, 17 Französisch und je 16 Musik bzw. Deutsch.

Bei den LeiterInnen der Studienseminare sind die Frauen noch deutlich unterrepräsentiert (siehe Tabelle unten):

Dies gilt auch für die hauptamtlichen FachleiterInnen - mit Ausnahme Grund- und Hauptschulen. Bei den Studienseminaren Gymnasien und berufsbildenden Schulen muss der Frauenanteil noch deutlich gesteigert werden. Hier gilt es noch gezielte Anstrengungen zu unternehmen.

Studienseminare für das	Seminarle	eiterInnen	Stellvertre	eterInnen	Fachleite	rInnen	Lehrbeau	uftragte
Lehramt an	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Grund- und Hauptschulen	7	57,1%	8	62,5%	144	68,8%	119	83,2%
Förderschulen	2	0,0%	3	66,7%	31	41,9%	31	80,6%
Realschulen	4	0,0%	4	50,0%	53	39,6%	69	58,0%
Gymnasien	6	33,3%	8	37,5%	133	34,6%	139	41,0%
berufsbildende Schulen	3	33,3%	4	50,0%	52	26,9%	64	45,3%

Auffällig ist der hohe Anteil der Lehrbeauftragten in den Studienseminaren.

Hier sind seitens des fachlich zuständigen Ministeriums noch beachtliche Aktivitäten erforderlich, um den zum Teil schon seit vielen Jahren tätigen Lehrbeauftragten endlich die angemessenen Planstellen zur Verfügung zu stellen.

Studienseminare für das Lehramt an	Anteil der Lehr- beauftragten
Grund- und Hauptschulen	45,2%
Förderschulen	50,0%
Realschulen	56,6%
Gymnasien	51,1%
berufsbildende Schulen	55,2%



Montessori

Schule Haßloch

Schule neu denken - Schule neu leben

Schulleiterin / Schulleiter Maria Montessori Schule Haßloch

Wir sind eine staatlich anerkannte Schule, die 2007 von einer Elterninitiative gegründet wurde.

Wir arbeiten nach Maria Montessoris Grundsätzen. Die Kinder lernen bei uns sehr früh, die Verantwortung für ihr Lernen selbst zu übernehmen. Schulstandort ist Haßloch in der Vorderpfalz, im Dreieck Bad Dürkheim, Speyer, Ludwigshafen. Zurzeit werden 26 Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren in einer altersgemischten Gruppe unterrichtet. Eine weitere Gruppe soll entstehen. Im Hause befindet sich ebenfalls ein Zweig der Sekundarstufe der Integrierten Gesamtschule der Freien Montessori Schule Landau.

Für das Schuljahr 2011/2012 suchen wir eine Grundschullehrerin mit 2. Staatsexamen als Schulleitung der Grundschule. Sie haben das Montessori-Diplom oder sind bereit, es zu erwerben. Sie arbeiten gerne im Team und wollen mit diesem die Schulentwicklung und das pädagogische Konzept gestalten.

Bitte schicken Sie Ihre Bewerbung an den Verein

Frohe Kinder- und Elternzeit e.V. · Siemensstr. 2 67454 Haßloch · info@montessori-hassloch.de

Wenn Sie mehr wissen wollen, besuchen Sie unsere Homepage $\underline{\text{www.montessori-hassloch.de}}$

Bestandene Abschlussprüfungen vom 01.08.2009 bis 31.07.2010

Lehramt	Anzahl	Frauen
Grund- und Hauptschulen	522	85%
Förderschulen	82	84%
Realschulen	283	66%
Gymnasien	381	55%
berufsbildende Schulen	101	50%

Die 1.369 AbsolventInnen der Zweite Phase der Lehrerausbildung reichten aber nicht aus, um den schulischen Bedarf an Neueinzustellenden abdecken zu können, wie sich bei den Einstellungsrunden zeigte. Noch deutlicher wird dies, wenn die schulartspezifischen Bedarfe betrachtet werden.

(Quelle: Statistischer Bericht "Studienseminare 2010" des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und eigene Berechnungen) d.r

Allgemeinbildende Schulen 2010/11

145.696 SchülerInnen werden in den Grundschulklassen unterrichtet, das sind 15% weniger als vor sieben Jahren. 113.283 Schülerinnen befinden sich in den Klassen der Realschule plus, der Hauptschule oder der Realschule. Hier beträgt der Rückgang für den gleichen Zeitraum 29%. Der SchülerInnenzahl an Gymnasien konnte sich in der gleichen Zeitspanne um 12% auf 138.860 steigern, wobei der Anstieg verglichen zum abgelaufenen Schuljahr nur 0,2% betrug. An Integrierten Gesamtschulen steigerte sich die SchülerInnenzahl um 117% auf 34.336. Der Anstieg betrug vom abgelaufenen Schuljahr zum derzeitigen 40%.

An den Förderschulen verringerte sich die SchülerInnenzahl um 14% auf 15.099.

Die durchschnittlichen Klassengrößen stellen sich wie folgt dar:

Grundschule	20,5 SchülerInnen
Realschule plus Hauptschule Realschule	22,6 SchülerInnen
Gymnasium	27,0 SchülerInnen
Integrierte Gesamtschule	26,1 SchülerInnen
Förderschule	9,6 SchülerInnen

Hier gilt es anzumerken: Die Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe der Realschule plus beträgt 25 und in den ersten und zweiten Klassen der Grundschule war die Schulaufsicht gehalten, Klassengrößen mit mehr als 28 Kindern zu vermeiden.

Beim Vergleich zwischen dem Lehrerwochenstunden-Soll und dem -Ist gibt es an den allgemeinbildenden Schulen eine Unterversorgung von 1,2%.

Allen SchulpraktikerInnen ist allerdings sehr bewusst, dass deutlich mehr Lehrerwochenstunden je Klasse zur Verfügung gestellt werden müssen, um den gesteigerten Anforderungen beispielsweise durch Individualisierung des Unterrichts und die gezieltere Förderung jedes einzelnen Kindes tatsächlich in der täglichen Unterrichtspraxis Rechnung tragen zu können.

Darüber hinaus fehlt eine Personalreserve von mindestens 5%, um den temporären Unterrichtsausfall möglichst zu vermeiden.

d.r

FOTOKOPIEREN IN SCHULEN

Die FachkollegInnen der Stufe 8 finden ein Arbeitsheft (Umfang 34 Seiten) als sehr hilfreich zur Unterstützung im Mathematikunterricht. Es ist ihnen allerdings zu teuer, um es von allen SchülerInnen kaufen zu lassen.

Ein Kollege schlägt vor, die Seiten einzuscannen und im Computer im Ordner Mathematik der Fachkonferenz abzuspeichern, dann könne jede Fachkollegin und jeder Fachkollege auf die Seiten zugreifen und die Seiten kopieren, die er in seiner Lerngruppe einsetzen will.

Eine Kollegin widerspricht und meint, die neuen Regeln für das Fotokopieren in Schulen untersage dies. Wer hat Recht?

Lehrkräfte dürfen aus Schulbüchern, Arbeitsheften, Sachund Musikbüchern für den Unterricht in ihrer Lerngruppe kopieren, wenn sie die Regeln beachten:

1. Auf den Kopien muss der Buchtitel, der Verlag und der Autor bzw. die AutorInnen angegeben sein.

- 2. Zulässig sind nur analoge Kopien. Ein digitales Speichern oder digitales Verteilen der Kopien ist nicht zulässig.
- 3. Aus einem Werk darf im Schuljahr und für den Un-

terricht in der betreffenden Lerngruppe im begrenzten Umfang kopiert werden.

Aus dem oben genannten Arbeitsheft darf die jeweilige Lehrkraft bis zu 12% der Seiten, also 4 Seiten, kopieren und diese für die SchülerInnen ihrer Lerngruppe vervielfältigen. Mehr geht nicht.

Wollte eine Lehrkraft für den Unterricht in ihrer Klasse aus einem 250 Seiten umfassenden Buch Kopien fertigen, dann muss sie die Obergrenze von 20 Seiten beachten. Und wie ist es mit einem Bild oder einer Statistik aus einem Schulbuch?

Das Bild oder die Statistik einscannen und dann in das Arbeitsblatt für die Klasse einfügen. Das geht nicht, denn digitale Kopien sind untersagt. Ich kann eine analoge Kopie anfertigen, in das Arbeitsblatt einkleben und für meine Klasse vervielfältigen.

Immer mal wieder findet eine Lehrkraft einen interessanten Artikel in einer Tages- oder Wochenzeitung oder einer Zeitschrift, der sich gut für den Unterricht eignet. Da es sich bei der Zeitung bzw. Zeitschrift nicht um eigenes für den Unterricht hergestelltes Material handelt, darf sie von maximal 25 Seiten Kopien zum Einsatz im Unterricht fertigen. Bei Musikeditionen gilt aber die Obergrenze von 6 Seiten.

d.r



PES - EIN PROJEKT ZUR FÖRDERUNG DER SELBSTSTÄNDIGKEIT

Stellungnahme der ADD zur PES-Kritik in der GEW-Zeitung 1-2/11

Das Projekt Erweiterte Selbstständigkeit von Schulen ist mehr als ein Budget, es eröffnet der Schule personelle Handlungsmöglichkeiten und fördert die Eigenverantwortlichkeit. Über 730 Schulen nehmen an dem Projekt in Rheinland-Pfalz teil. Die Schulen berichten von erheblichen Entlastungseffekten, einer breiten Akzeptanz im Sinne der Qualitätssicherung und Eigenverantwortung sowie einer verbesserten Außenwirkung. Mit großem Erfolg konnte der temporäre Unterrichtsausfall an den PES-Schulen deutlich reduziert werden.

Auf Wunsch der Schulen wurden die personalwirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten erweitert. Mit Wirkung vom 01. September 2010 wurde den Schulen die Möglichkeit eröffnet, auch in den Fällen von Mutterschutz und Elternzeit ihren Vertretungsbedarf eigenständig zu regeln. Den Schulen wird damit die Fähigkeit und das Verantwortungsbewusstsein zugesprochen, für ihre Schülerinnen und Schüler qualifizierte Entscheidungen zu treffen.

Die erweiterte Regulierungsmöglichkeit der Schule ist von der kurzfristigen Vertretungsreglung zu unterscheiden. Während im Rahmen von PES nur kurzfristige Vertretungsregelungen über das Budget der Schule reguliert werden, besteht nunmehr auch für die Schule die Möglichkeit, längerfristigen Vertretungsbedarf eigenverantwortlich zu regulieren. Bei Abschluss von Verträgen, die über 8 Wochen laufen, wird die Schulaufsicht automatisch zur Kostenübernahme aufgefordert. Das heißt, die erweiterten Einstellungsmöglichkeiten zur Regulierung von Mutterschutz und Elternzeitfällen belasten nicht das PES-Budget der Schule. Lediglich die Abwicklung erfolgt über das Vertragsmanagement des PES-Schulportals. Schule und Schulaufsicht stimmen sich bei Mutterschutz und Elternzeit darüber ab, ob die Regulierung an der Schule selbst oder über die ADD erfolgt.

Alle PES-Schulen werden auch bei den längerfristigen Regelungen an den Schulen intensiv durch die Schulaufsicht begleitet. In den Schulportalen gibt es zahlreiche Unterstützungen, Handreichungen, Leitfäden, Rundschreiben an alle PES-Schulen, Verwaltungsvorschriften und Formulare. Auf der PES-Homepage sind häufig gestellte Fragen und Antworten für Bewerberinnen und Bewerber und Schulen sowie alle Fortbildungen des Pädagogischen Landesinstituts zum Thema PES veröffentlicht. Selbstverständlich sind alle Personalvertretungen immer zu diesen Veranstaltungen eingeladen.

Neben den Fortbildungen gibt es zahlreiche weitere Veranstaltungen in Form von Netzwerktreffen der GTS/PES-Beraterinnen und -Berater sowie Schulleiterdienstbesprechungen der ADD. Ergänzt wird dieses Informationsangebot durch Dienstbesprechungen der Projektleitung PES. Im November und Dezember 2010 wurden Veranstaltungen für PES-Beauftragte und örtliche Personalvertretungen für ca. 400 Personen durchgeführt. Es wurden Schulungsinhalte für PES-Einsteiger und PES-Erfahrene zu allen wichtigen Themen des Projekts angeboten. Die Projektleitung PES ist zudem ständig im Dialog mit den Schulen und ist offen für Änderungs- und Verbesserungsvorschläge.

PES und die Möglichkeit längerfristigen Vertretungsbedarf eigenverantwortlich zu regulieren, unterstützt die Schule bei der Erfüllung ihres Bildungsauftrags. Ziel ist es die Selbstständigkeit der Schulen zu fördern und damit einen Beitrag zur Qualitätsarbeit der Schule zu leisten.

add



Fachtagung

BILDUNGSAUFTRAG INKLUSION

Konsequenzen für die LehrerInnenbildung

Freitag, 06. Mai 2011 09.30 - 16.30 Uhr

PL-Aktenzeichen 11 ST1 56 44

Universität Koblenz-Landau Campus Landau Konferenzraum/Atrium

Hauptreferat von Prof. Dr. paed. (em.) Hans Wocken (Uni Hamburg)

Arbeitsgruppen

Podiumsdiskussion

Nähere Infos und Anmeldung unter www.gew-rlp.de

\$290 * Handriconnect 8 * 351 to Plant * Section 2413 (2008).3 * Fax (613) (2008).63 * 6-Pail gree/gree-ry-de * Fescioni week-gree-ry-de

Wie wird die Vertreterin einer Leitung in der Kita bezahlt?



In jeder Kita muss die Leitung von Zeit zu Zeit vertreten werden. Manchmal geht es um die Vertretung für einen oder wenige Tage, es kommt aber vor, dass auch für mehrere Wochen oder Monate vertreten werden muss. Was die Bezahlung für eine solche Vertretung angeht, ist tarifrechtlich zunächst zu unterscheiden, ob es sich um eine so genannte Abwesenheitsvertretung oder eine ständige Vertretung der Leitung handelt.

Abwesenheitsvertretung bedeutet, dass die Vertretung nur in dem Moment Leitungsaufgaben übernimmt, in dem die reguläre Leitung tatsächlich abwesend ist. Beispiel: Die Leiterin einer Kita nimmt an einer zweitägigen Fortbildung teil und beauftragt in Absprache mit dem Träger einer Einrichtung eine Erzieherin damit, an diesen beiden Tagen Tätigkeiten wahrzunehmen, die üblicherweise in

den Aufgabenbereich der Leitung fallen und nicht verschoben werden können. Eine Abwesenheitsvertretung in diesem Sinne bleibt ohne tariflichrechtliche Folgen, d.h. die Erzieherin wird für ihre zusätzlichen Aufgaben nicht gesondert vergütet. Etwas anders stellt sich die Situation dar, wenn eine solche Vertretung mindestens einen Monat am Stück ausgeübt wird: So kann eine Erzieherin, die im Geltungsbereich des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TVöD) arbeitet, für die Dauer der Vertretungstätigkeit eine persönliche Zulage rückwirkend ab dem ersten Tag der Übertragung der Tätigkeit geltend machen (§14 TVöD - Vorübergehende Ausübung einer höherwertigen Tätigkeit).

Eine andere Möglichkeit die Vertretung der Leitung zu regeln besteht für den Träger einer Einrichtung darin, eine Erzieherin als ständige Vertreterin der Leitung zu beschäftigen. Diese Variante, die vorzugsweise in größeren Einrichtungen oder in Einrichtungen mit einer besonderen Situation gewählt wird, sieht vor, dass die ständige Vertreterin regelmäßig Leitungsaufgaben wahrnimmt, also auch dann, wenn die reguläre Leiterin anwesend ist. Beispiel: Eine Erzieherin, die als ständige Vertreterin der Leitung beschäftigt ist, ist regelmäßig für den Dienstplan der Einrichtung verantwortlich. Eine ständige Vertreterin, die sich in Wahrnehmung ihrer Leitungsfunktion auch stets über alle die Kita betreffenden Sachverhalte auf dem Laufenden halten muss, hat Anspruch auf ein gesondertes tarifliches Entgelt. Voraussetzung ist allerdings, dass sie dem Arbeitgeber die Tätigkeit einer ständigen Vertreterin auch schuldet, was beispielsweise durch eine ausdrückliche Anordnung oder besser noch durch eine arbeitsvertragliche Vereinbarung gegeben wäre.

Im Kita-Alltag trifft man immer wieder auf eine Situation, in der der Umfang von Leitungstätigkeiten und die Besonderheiten einer Einrichtung gepaart mit der Organisation der betrieblichen Abläufe die Beschäftigung einer ständigen Vertretung der Leitung notwendig machen oder rechtfertigen würden. Da zusätzliche Kosten entstehen, wird offenbar nur in wenigen Fällen von einer solchen Lösung Gebrauch gemacht.

Bernd Huster





Klassenfahrten nach Berlin

(incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache).

Broschüre anfordern bei:

Berliner Informations- und Studienservice e.V. (BISS e.V.) Fichtestr. 30 · 10967 Berlin, Tel. (030) 6 93 65 30 www.berlin-mit-biss.de · Email: kontakt@berlin-mit-biss.de

NICHT NUR AN DIE PATIENTENVERFÜGUNG DENKEN - AUCH EINE "PFLEGEVERFÜGUNG" IST WICHTIG

Wenn es um die Vorsorge für das Alter geht, denken die meisten Menschen an eine Vorsorge- oder eine Generalvollmacht und vor allem an eine Patientenverfügung. Das ist auch gut und richtig so. Denn am stärksten plagt viele von uns der Gedanke, Ärzte, Krankenschwestern oder Pfleger könnten medizinische Handlungen an uns vornehmen (oder unterlassen), die wir nicht wünschen. Wir denken darüber nach (und versuchen vorsorglich zu regeln), wie wir in Krankenhäusern behandelt werden wollen, dass man uns vor Schmerzen und Ängsten bewahrt und wie man mit uns schließlich umgehen soll, wenn's ans Sterben geht. Dabei blenden wir häufig aus, dass es außer Krankheit und Tod auch die ganz normale Hinfälligkeit und Gebrechlichkeit gibt und dass neben der medizinischen Behandlung auch die gewöhnliche Pflege auf der Tages- oder Nachtordnung stehen kann (bei fast allen dann irgendwann auch ganz real steht). Wir alle haben nämlich Gewohnheiten (bisweilen auch Laster), Vorlieben und Gefühle, deren Verletzung uns mehr Ungemach zufügen kann als die Gewährung oder Unterlassung rein medizinischer Maßnahmen. Die Beachtung bzw. Respektierung dieser individuellen Neigungen und Abneigungen können für unser Wohlbefinden von immenser Bedeutung sein. Unsere Lebens- und Überlebensqualität können entscheidend hiervon abhängen.

Worum es alles gehen kann

Vor allem unter dem Aspekt, dass eine jahre- oder gar jahrzehntelange Pflegebedürftigkeit rein vom zeitlichen Umfang her viel bedeutender sein kann als eine krankheitsbedingte "Behandlung" (oder am Ende der Sterbeprozess), sollte man nicht versäumen, seinen Angehörigen und / oder Bevollmächtigten bzw. Betreuern rechtzeitig und verbindlich auch hierüber Informationen zu geben und gegebenenfalls auch klare Verfügungen zu treffen.

Wenn ich weiß, dass ich zum Einschlafen seit Jahrzehnten einen Schlaftee zu mir nehme und mir dieser unverzichtbar geworden ist, wenn mich Schafwolle juckt und kratzt und ich deshalb nur Baumwolle oder Leinen am Körper vertrage, wenn ich Apfelkuchen hasse (aber gerne Salziges oder Saures esse), wenn ich nachts ein offenes Fenster brauche, wenn mir gewisse Gerüche zuwider sind oder mich bestimmte Geräusche oder die Werke eines Komponisten zum Wahnsinn treiben können, dann sollte ich mir die Mühe machen, das einmal zu sortieren, zu gewichten und danach das aufzuschreiben, was davon für mich existenziell wichtig ist.

Man sollte sich nicht scheuen, dabei auch die emotionale und die religiöse Perspektive anzusprechen. Vielleicht ist für mich ein Blumenstock im Zimmer, den ich einmal am Tag gieße, oder ein Lebewesen (der Wellensittich oder der Kanarienvogel) im Pflegeheim von höchster Bedeutung - möglicherweise ertrage ich umgekehrt schon heute nicht, dass mir jemand liebevoll ein Kätzchen zum Streicheln auf den Schoß setzt und möchte damit im Zustand der Hilflosigkeit erst recht nicht gequält werden. Manche Menschen brauchen ein religiöses Symbol im Zimmer und wollen Gewissheit haben, dass auch dann mit ihnen gebetet wird, wenn sie geistig oder verstandesmäßig schon "weggetreten" zu sein scheinen. Dann sollte man das aufschreiben und gegebenenfalls auch die Kirchengemeinde oder den Pfarrer benennen, von denen man Trost erwartet. Ande-

ren wäre ein Kruzifix über der Tür oder der freundlich gemeinte, jedoch als Missionsversuch empfundene Besuch eines Geistlichen ein Gräuel. Woher soll das die Leitung der Klinik, des Rehazentrums, des Alten- oder Pflegeheims wissen, in das ich nach einem überraschenden Schlaganfall eingeliefert werde und in dem ich entweder langsam wieder zu körperlichen und geistigen Kräften komme oder auf Dauer bleiben muss?

Hilfestellung für das Wohlbefinden

Denn wenn der junge Mann von der Caritas, der mir eines Tages jeden Abend beim Zubettgehen behilflich sein wird, verbindlich weiß, dass ich ein Glas warme Milch brauche und dass die Bettdecke unter keinen Umständen fest um meine Füße geschlungen werden darf, dann kann ich gut einschlafen und fröhlich wieder aufwachen. Und wenn ich notiert habe, dass ein Gläschen Rotwein mir zusagt (Weißwein aber noch nie meine Sache war), wird er, solange es die Heimregeln erlauben und der Etat hergibt, sogar zur Befriedigung meiner Sucht beitragen.

Wer mit dementen Menschen zu tun hat, weiß in der Regel sehr gut, dass für deren Wohlbefinden (und für die Erhaltung eines Restbestandes an Orientierungsfähigkeit) die Bewahrung einer gewohnten Umgebung von hoher Bedeutung ist. Wer pflegebedürftigen Menschen helfen und ihre Lebensqualität bewahren oder möglichst lange erhalten will, sollte hierfür stets sorgen, also auch bei "nur" körperlich erkrankten oder ganz einfach gebrechlichen Menschen, und zwar noch bevor die geistigen Fähigkeiten so nachlassen, dass eine Verständigung nicht oder nicht mehr in ausreichendem Umfang möglich ist.

Denn der Mensch, mit dem ich mich nicht mehr direkt verständigen kann oder dessen Fähigkeit nicht mehr ausreicht, mir seine Wünsche (oder Ängste und Beschwerden) mitzuteilen, besitzt immer (selbst im Fall der Demenz) mindestens einen Restbestand an sensorischen Fähigkeiten und Empfindungen. Die elementaren Sinneswahrnehmungen (Geruch, Licht, Hitze und Kälte, Lärmempfinden, Schmerz- und Lustgefühl …) bleiben bis zum Tode erhalten. Mehr noch: Da der Mensch dann auf diese Empfindungen reduziert ist, kann er den Schmerz oder das Wohlbefinden nicht mehr subjektiv steuern oder bewusst sublimieren und empfindet sie deshalb möglicherweise selbst in reduzierter Form elementarer, härter, bedrohlicher.

Nicht zuletzt: Auch die Schulmedizin weiß heute ganz genau, dass ein Gesundungsprozess dann besser und schneller gelingen kann, wenn der Patient nicht nur die richtigen Pillen schluckt, sondern wenn er sich allgemein wohl fühlt, und dass ein Krankheitsverlauf milder sein kann, wenn der Patient nicht durch äußere Komplikationen oder Beschwernisse zusätzlich belastet wird.

Die Betreuer sind dankbar für klare Vorgaben

Wer sich also daran macht, eine Patientenverfügung zu verfassen (oder wer das medizinisch Gewünschte und Gewollte schon aufgeschrieben hat), sollte sie durch eine "Pflegeverfügung" ergänzen. Hierfür gibt es - wie bei der Patientenverfügung - keine Formvorschriften, das muss also weder (wie beim Testament) handschriftlich verfasst noch beglaubigt oder beim Notar aufgesetzt werden. Aber

auch hier gilt: Man sollte den Inhalt mit jener Vertrauensperson besprechen, die man auch bei der Patientenverfügung bevollmächtigt, und man sollte sicherstellen, dass diese Verfügung im Ernstfall auffindbar ist.

Wie bei einer Patientenverfügung, die sich auf den eingrenzbaren medizinischen Bereich beschränkt, gibt es eine gesetzliche Festlegung, dass eine solche Pflegeverfügung von den Pflegepersonen befolgt werden muss: In § 1901 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist u.a. verfügt:

"Der Betreuer hat die Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht. Zum Wohl des Betreuten gehört auch die Möglichkeit, im Rahmen seiner Fähigkeiten sein Leben nach seinen eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. - Der Betreuer hat Wünschen des Betreuten zu entsprechen, soweit dies dessen Wohl nicht zuwiderläuft und dem Betreuer zuzumuten ist. Dies gilt auch für Wünsche, die der Betreute vor der Bestellung des Betreuers geäußert hat, es sei denn, dass er an diesen Wünschen erkennbar nicht festhalten will. Ehe der Betreuer wichtige Angelegenheiten erledigt, bespricht er sie mit dem Betreuten, sofern dies dessen Wohl nicht zuwiderläuft."

Hier gilt der alte Spruch: Papier ist geduldig. Man sollte deshalb zwar grundsätzlich darauf vertrauen, dass jede Alten- und Pflegeeinrichtung (und im Regelfall auch die lieben Angehörigen) sich Mühe geben werden, es einem hilfsbedürftigen alten Menschen so angenehm wie möglich zu machen, und dass sie deshalb für eine individuelle Richtlinie nicht nur dankbar sind, sondern sie im Rahmen des Möglichen auch beachten werden. Allerdings ist dies nur schwer einklagbar. Denn das Leben und meine Wünsche sind so unendlich vielgestaltig (und manches scheitert dann an der rauen Wirklichkeit), dass hier absolute oder zumindest rechtliche Sicherheit nicht garantiert werden kann.

Wer sich nicht allein auf das grundsätzliche Vertrauen verlassen möchte, sollte - wie bei der Patientenverfügung - nicht nur rechtzeitig einen Bevollmächtigen einsetzen, sondern diesen auch ausdrücklich beauftragen, die schriftlich niedergelegten Betreuungswünsche durchzusetzen. Dazu kann nicht nur das Gespräch mit den Betreuungspersonen und der Leitung der Betreuungseinrichtung gehören, sondern schließlich auch der Gang zum Gericht. Nicht zuletzt: In vielen Städten und Gemeinden herrscht - zumindest gegenwärtig - unter den kommunalen und privaten Einrichtungen ein Konkurrenzkampf um die Betreuten. Deshalb ist gegebenenfalls auch ein Wechsel der Einrichtung geboten (oder die Drohung damit hilfreich).

Michael Rux (GEW Baden-Württemberg)

DIE GEW GRATULIERT

im Mai 2011

zum 70. Geburtstag

Frau Helga Schäfer

Zeyherstr. 2 · 67550 Worms 08.05.1941

Frau Elfriede Zimmer

Mozartstr. 4 a · 67269 Grünstadt 12.05.1941

Frau Ursula Knopper

Bolandenstr.7 · 55218 Ingelheim 17.05.1941

Herrn Jürgen Kurz

Im Mühlenberg 1 · 55499 Riesweiler 17.05.1941

Herrn Fritz-Dieter Model

Hauptstr. 30 · 55469 Riegenroth 18.05.1941

Herrn Hans Füß

Contwigerhangstr. 11 a · 66482 Zwei-

24.05.1941

brücken

Herrn Hasbi Aydin

Wallaustr. 59 · 55118 Mainz

27.05.1941

Herrn Heinrich Lott

M.-Erzberger-Str.26 · 67574 Osthofen 29.05.1941

zum 75. Geburtstag

Herrn Robert Wolf

Schulze-Delitzsch-Str.3 · 67346 Speyer 02.05.1936



Frau Helga Kampmann

Schindtaler Str. 8 · 66386 St. Ingbert 31.05.1936

zum 80. Geburtstag

Herrn Karl Peter Blau

Kirchstr. 14a · 54441 Kanzem 03.05.1931

Herrn Eckhart Rheingans

Hasenplatz 3 · 56355 Nastätten 21.05.1931

zum 85. Geburtstag

Frau Irene Gehrlein

Oselbachstr. 23 · 66482 Zweibrücken 01.05.1926 Frau Eugenie Serr

Amrichshäuser Str. 10 · 74653 Künzelsau 06.05.1926

Herrn Walter Edinger

Am Neuberg 5 · 67808 Mörsfeld 21.05.1926

zum 88. Geburtstag

Frau Vera Przyrembel

Am Marienpfad 67 · 55128 Mainz 01.05.1923

Herrn Erich Morgenstern

Glanstr. 11 · 66914 Waldmohr 18.05.1923

zum 88. Geburtstag

Herrn Dr. Hans Pfaffenberger

Irminenfreihof 2 · 54290 Trier 27.05.1922

zum 89. Geburtstag

Frau Ingeborg Hoffmann

Maximilianstr. 4 · 76829 Landau 13.04.1922

Frau Selma Panitz

Klosterstr. 29 · 66953 Pirmasens 30.04.1922

zum 94. Geburtstag

Frau Inge Dreyer

Wiedstr 6 · 57627 Hachenburg 07.05.1917

Der Landesvorstand

Perspektivwechsel zur Ressourcenorientierung

Aus ihrer Berufserfahrung als Gymnasiallehrerin und Gestalttherapeutin schöpfend, veröffentlichte Heike Frank im Beltz Verlag das Buch "Lehrer am Limit". Es zielt auf Lehrkräfte, die einen angemessenen Umgang mit ihren beruflichen Belastungen suchen und eine Professionalisierung des Lehrerberufes besonders als Beziehungsberuf anstreben.

Im ersten Teil wird eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Anforderungen an Lehrkräfte geleistet, sowohl auf der Basis von Studienergebnissen zur Lehrergesundheit und deren Gefährdungen als auch aus subjektiven Beobachtungen erlebter Belastungsgrenzen. Anhand praxisnaher Beispiele sensibilisiert die Autorin für Ansatzpunkte gegen Erschöpfung und Überforderung und unterstreicht die Eigenverantwortung für gesundheitsförderliches Verhalten. Um ein solches gesundes Verhältnis zur Arbeit als Lehrkraft zu finden, beschreibt Frank eine klare eigene Standortbestimmung innerhalb des Leistungssystems Schule und eine bewusste Verantwortungsübernahme für die Berufswahl als zentrale Notwendigkeiten realistischer Selbsteinschätzung. Neben den eigenen Fähigkeiten wird der Blick auch auf die professionelle pädagogische Haltung als gemeinsame Aufgabe des Kollegium gerichtet, vor allem hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten von Schulen, die den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen gerecht werden sollen.

Der zweite Teil stellt umfangreich in der Praxis erprobte Veränderungsmöglichkeiten vor, die Kraftquellen für Arbeitszufriedenheit und berufliche Gesundheit aufzeigen. Diese Ansätze orientieren sich an aus Selbstmanagementkonzepten (z. B. von Kanfer) bewährten Regeln. So wird z. B. auf Lösungsorientierung gezielt, wenn zur Verbesserung der Kommunikation mit Kollegen Supervision angeregt wird, Potentialförderung vorgeschlagen, wenn Rituale zur Identifikationsförderung dargestellt werden oder die Realisierung kleiner Schritte vorgeschlagen, wenn es um die Entwicklung einer gemeinsamen pädagogischen Sprache geht. Erprobte konstruktive Bewältigungsschritte sollen so bisher erfolglose Bewältigungsversuche ersetzen und erwünschte Verhaltensabläufe hervorbringen.

Die Textgestaltung verbindet die theoretischen Überlegungen mit berufsfeldbezogenen Übungsvorschlägen, Fragen zum Nachdenken, Fallbeispielen und sehr anregenden, vielgestaltigen Lektürevorschlägen zum Weiterlesen, so dass die Lehrkräfte sich sicher persönlich angesprochen fühlen werden. Es wird auch deutlich, dass die eigene Situation regelmäßig reflektiert werden sollte und präventive Psychohygiene als berufsbegleitender Prozess umzusetzen wäre.

Die Fähigkeit eines adäquaten Umgangs mit beruflichen Belastungen wird als Teil der Professionalisierung angesehen, wobei vor allem die Chancen einer offeneren Thematisierung individueller beruflicher Belastungen unter Kollegen und in Kollegien verdeutlicht werden. Bisher noch zu wenig oder nicht genutzte Potenziale, die die Arbeit erleichtern könnten, werden daher vor allem auf der Ebene der konkreten Entwicklung der eigenen Schule dargestellt.

Die eher vernachlässigte Perspektive der Sicht engagierter Lehrkräfte auf die Belastungsbewältigung im Schulalltag begünstigt die Übertragbarkeit der Strategien auf den Schulalltag der LeserInnen.

Dr. Elisabeth Gläßer

Weiterbildung Systemische Pädagogik

Die Welt ist nicht so, wie wir sie sehen und fühlen. Und unser Gegenüber ist auch unsere Konstruktion. Es könnte alles auch ganz anders sein, und Veränderung beginnt mit einem neuen Blick auf unsere Lernenden, Mitarbeiter, Partner und Kollegen. Lernen ist Veränderung, weshalb Bildung und Erziehung stets auch etwas damit zu tun haben, Perspektiven zu erschließen und neues Verständnis anzubahnen.

Im Oktober 2011 startet ein neuer Durchlauf des Programmes Systemische Pädagogik.

Mit diesem Programm geben wir Lehrerinnen und Lehrern, SchulleiterInnen sowie pädagogischen Fachkräften aus unterschiedlichen Bereichen Gelegenheit, systemische Konzepte und Lösungsansätze kennen zu lernen und praxisorientiert erproben zu können.

Im Einzelnen werden folgende Module angeboten:

Modul 1: Einführung in systemisches Denken und Handeln (28./29.10.2011)

Modul 2: Systemische Lernmethoden (18./19.11.2011) Modul 3: Kommunikationstraining und Konfliktlösung (9./10.12.2011)

Systemische Pädagogik - Fortgeschrittenenkurs

Die systemischen Konzepte weisen uns nachdrücklich darauf hin, dass man nur im Einklang mit den bereits wirksamen Selbstorganisationskräften Veränderungen anstoßen und erfolgreich realisieren kann. Wir beschäftigen uns in dem Fortgeschrittenenkurs zur Systemischen Pädagogik deshalb mit der Bedeutung der inneren Bilder und der eigenen Brillen, mit deren Hilfe wir uns die Wirklichkeit so, wie sie auf uns wirkt, konstruieren. Gleichzeitig experimentieren wir mit konkreten Ansätzen einer Veränderung durch Selbstveränderung aus.

Modul 1: Emotionale Kompetenz und Resonanz (26./27.8.2011)

Modul 2: Führung zur Selbstführung (7./8.10.2011) Modul 3: Lernberatung und Entwicklungsbegleitung (25./26.11.2011)

Weitere Informationen bei www.systhemia.com

ra

DIE "KULTUR DER ENTWÜRDIGUNGEN" ÜBERWINDEN



Niemand stellt Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes in Frage: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Die Menschenwürde bildet das Zentrum der Menschenrechte. Dennoch wird sie täglich und ständig verletzt - ein blinder Fleck in unserer Gesellschaft. Stephan Marks hellt ihn mit seinem neuen Buch "Die Würde des Menschen" auf.

Er weist darauf hin, dass das Bewusstsein für Würdeverletzungen bei uns nicht stark ausgeprägt ist, wie Witze auf Kosten anderer, die nachbarschaftliche Gerüchteküche mit leichtfertigen Verleumdungen, das weitverbreitete Mobbing in Arbeitswelt und Schule und vieles mehr belegen. Gerade in der Schule erleiden Kinder und Jugendliche (und auch zahlreiche Lehrkräfte!) täglich Kränkungen. Die Zusammenhänge mit Amokläufen sind bekannt, ohne zu Konsequenzen zu führen; über die Zusammenhänge mit den Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler wird kaum nachgedacht - angesichts von (internationalen)

Schulleistungs-Vergleichsstudien unverständlich.

Stephan Marks analysiert jedoch nicht nur, sondern zeigt auf, was zu tun ist: "Die Würde eines Menschen zu wahren bedeutet. ihn in seinen Grundbedürfnissen nach Schutz, Zugehörigkeit, Integrität und Anerkennung anzunehmen und zu unterstützen" (S. 45). Er benennt also positiv, wie Menschen mit Menschen im Sinne von Menschenwürde umgehen sollten. Die vier Grundbedürfnisse leitet er aus der Schampsychologie ab. Diese beschreibt, wie sich Scham entwickelt, welche Funktionen sie für den Menschen hat und wie sich Schamverletzungen auswirken.

Ein zweites Kapitel über "Die Deutschen und die Menschenwürde" vervollständigt den ersten Teil des Buches. Es erklärt aus historischer Perspektive, warum wir heute in einer "Kultur der Entwürdigungen" leben - eine Analyse, die mich sehr nachdenklich macht. Mit dem zweiten Buchteil gibt Marks dann Antworten auf die Frage: "Wie könnte es uns gelingen, unsere menschliche Kreativität für eine Kultur der Menschenwürde freizusetzen?" (S. 110)

Vier Kapitel befassen sich mit der Menschenwürde und ihrer Beziehung zu sich selbst, zum Du, zum Thema (z.B. Unterrichtsfach) und schließlich "im Kontext", also mit strukturellen Entwürdigungen. Das Buch ermutigt seine LeserInnen, die vorhandenen Möglichkeiten wahrzunehmen, für die Menschenwürde einzutreten. "Anders - menschenwürdig - lernen und miteinander umgehen: Es ist höchste Zeit, damit anzufangen. In der Schule, aber auch in anderen Arbeitsfeldern und Bereichen unserer Gesellschaft. Die Ideen, Methoden und Kompetenzen dafür stehen bereit - einige davon konnten in diesem Buch vorgestellt werden. Ich bin überzeugt, dass die Zeit reif ist" (S. 227), schreibt Stephan Marks gegen Ende seines Buches. Ja - die Zeit ist reif für mehr Menschlichkeit, und "Die Würde des Menschen" ist für den entsprechenden Prozess hilfreich. Unbedingt lesen! Detlef Träbert

Stephan Marks: Die Würde des Menschen, oder: Der blinde Fleck in unserer Gesellschaft, Gütersloh (Gütersloher Verlagshaus) 2010, 240 S., 19,99 Euro



Fachtagung für Studierende, ReferendarInnen und BerufseinsteigerInnen

Vielfalt! Ballast oder Chance?



PL-Aktenzeichen 11 ST 15601

Donnerstag, 16. Juni 2011, 09.00 - 16.30 Uhr, Uni Landau, Campus

Hauptreferat "Vielfalt als Chance im Praxistest" Prof Dr. Sabine Thurn (Laborschule Bielefeld)

Praxisorientierte Fachforen/Workshops

Ausführliche Infos und Anmeldungen unter www.gew-rlp.de

GEW Rheinland Pfolz * Neutrunnerstrate 6 * 55116 Harrz * Tel.: 06131 28980-0 * Fax: 06131 28986-60

LESEFÖRDERUNG AUS LANDAU



Spätestens seit PISA wissen wir, dass Lesekompetenz und Leseinteresse deutscher Schülerinnen und Schüler dringend der Förderung bedürfen. Nicht nur Kinder, sondern auch viele Jugendliche sind nicht in der Lage die wesentlichen Informationen aus Texten zu entnehmen. Dies gilt besonders auch für das Zeitungslesen. Deshalb ist Leseförderung eine zentrale schulische Aufgabe.

Eine Antwort auf diese Herausforderung gibt Frank Müller, Dozent am Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut (EFWI) in Landau und Lehrbeauftragter an der Universität Koblenz-Landau. Mit seinen "Lesetrainings" und neuen methodischen Zugängen hat sich Müller bundesweit einen Namen als Leseförderer

gemacht. Pfiffige Arbeitsblätter, abwechslungsreiche Texte, fantasievolle Übungen - Müllers Materialien können sowohl im herkömmlichen Unterricht als auch in speziellen Lesetrainings eingesetzt werden, die an immer mehr Schulen angeboten werden. Die Materialien sind im Sinne einer Lernspirale nach aufsteigendem Schwierigkeitsgrad sortiert und ermöglichen so eine gezielte Leseförderung.

Müllers Leseförderung ist beim Beltz-Verlag erschienen: "Lesetraining: Lern- und Arbeitstechniken in den Klassen 3 - 6 und 7-10. Mit Vorlese-Übungen und Kopiervorlagen" sowie "Lesetraining: Sinnentnehmendes Lesen in den Klassen 3-6 und 7-10. Materialien und Kopiervorlagen zur Leseförderung". Vier Bände kosten je 19,95 Euro.

Paul Schwarz

BÜCHERTIPPS VON ANTJE FRIES



Fürs Leben lernen

"Toto" ist ein neuer Held aus Helme Heines Pinsel. An seinem letzten Schultag beschließt er, auf Schatzsuche zu gehen. Aber weil er sich auch irgendwie über Wasser halten muss, verdingt er sich nacheinander bei einem Totengräber, dem Osterhasen, im Zirkus und bei der Post. Auch manch' windiges Angebot bekommt er, aber seinen Schatz findet Toto erst ganz spät. Und dass der nicht golden glitzert, dürften Kenner von Helme Heine schon geahnt haben. Ein wunderschönes Buch zum Vorlesen in Kita und Grundschule, das schmunzeln und nachdenken lässt.

Helme Heine: Toto der Schatzsucher. Weinheim 2010. 76 Seiten, 12,95 Euro. ISBN 978-3-407-79432-1

Rund um den menschlichen Körper

Warum haben wir Sand in den Augen und Schmetterlinge im Bauch? Diesen und vielen anderen Fragen rund um den menschlichen Körper geht Jürgen Brater in seinem neuen Buch nach. Er beschreibt 24 Stunden im Leben unseres Körpers und klärt dabei in maximal zwei Seiten langen Artikeln all das, was nicht im herkömmlichen Sachbuch steht, für Kinder und Jugendliche aber absolut wissenswert ist: Warum strecken wir uns nach dem Schlafen? Warum sind gerade junge Menschen morgens so verschlafen? Warum macht Schokolade süchtig? Und macht sie wirklich Pickel? (Nein, das ist widerlegt. Dies nur zur allgemeinen Beruhigung schon vorab!) Wieso knurrt ein leerer Magen? Wie entsteht ein Nasenpopel? Wann vergeht uns der Appetit? Hilft Schäfchenzählen beim Einschlafen? Seite für Seite spannend und lesenswert - auch für Große noch!

Jürgen Brater: Warum haben wir Sand in den Augen und Schmetterlinge im Bauch? Weinheim 2011. 248 Seiten, 17,95 Euro. ISBN 978-3-407-75354-0



"Zukunft 2050" ist ein gewagtes Projekt: Autor Ulrich Eberl hat angesichts des aktuellen Forschungsstands und neuester Entwicklungen eine Prognose für unser Leben im Jahr 2050 versucht. So trägt das Buch auch den Untertitel "Wie wir schon heute die Zukunft erfinden". Siebzehn Kapitel über die wichtigsten Lebensbereiche nehmen den Leser mit auf die Zeitreise und berichten u.a. von der Nullemissionsstadt, dem Bauernhof im Wolkenkratzer, Kraftwerken im Keller oder einer grünen Revolution. Jede Menge Stoff für Diskussionen und Aufsätze!

Ulrich Eberl: Zukunft 2050. Weinheim 2011. 240 Seiten, 17,95 Euro. ISBN 978-3-407-75352-6

Neue Tafelfarbe

"Mit Whiteboards unterrichten" von Jürgen Schlieszeit ist eine umfangreiche Anleitung mit zahlreichen Abbildungen, wie mit dem neuen Medium sinnvoll gearbeitet werden kann. Nach einer Einführung, was ein Whiteboard überhaupt ist und kann, führt der Autor auch Pro und Contra an, stellt verschiedene Whiteboards und Techniken vor und gibt methodisch-didaktische Tipps. Wie man die "alten" Medien mit dem neuen verknüpft, kann man ebenfalls lernen, bevor es einen Software-Überblick und einen "Methodikbaukasten" für die tägliche Arbeit am Whiteboard gibt.

Jürgen Schlieszeit: Mit Whiteboards unterrichten. Weinheim 2011. 200 Seiten, 24,95 Euro.

Inklusive Begabtenförderung

Für die Grundschule gedacht ist ein neues Buch über inklusive Begabtenförderung, das sich mit Grundlagen und Konzepten ebenso befasst wie mit Wegen zur begabungsfördernden Schule: Das bereits in 15 Schulen laufende Projekt "Impulsschulen" wird umfangreich vorgestellt und zeigt, wie es in der Praxis funktionieren kann, individualisierende Förderung anzubieten.

Olaf Steebruck u.a. (Hg.): Inklusive Begabtenförderung in der Grundschule. Weinheim 2011. 288 Seiten, 29,95 Euro. ISBN 978-3-407-25552-5



Kreis Mainz-Bingen **Zukunftsfrage Bildung**

Studierende, ErzieherInnen, LehrerInnen, Bildungsinteressierte, alle kamen am 15. Februar 2011 in das Bildungszentrum Erbacher Hof zur öffentlichen Podiumsdiskussion mit dem Thema "Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz". Der GEW-Kreisverband Mainz-Bingen hatte eingeladen und kompetente PodiumsteilnehmerInnen aus Rheinland-Pfalz gewinnen können. Es diskutierten Ulla Brede-Hoffmann (MdL, Bildungspolitische Sprecherin der SPD), Gerd Schreiner (MdL, Finanzpolitischer Sprecher der CDU), Dr. Peter Schmitz (MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP), Daniel Köbler (LTW Spitzenkandidat von Bündnis 90 / Die Grünen), Karl Vosskühler (LTW Kandidat der Partei Die Linke). Sybilla Hoffmann, die Stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, moderierte souverän das weite Feld der Bildungsthemen.

Eingestimmt wurde das Publikum durch den Filmspot "Alles beginnt mit guter Bildung". Er begann mit Aufnahmen von Astronauten im Weltall und machte deutlich, dass kulturelle Entwicklung auf Bildung beruht. Als Vorsitzendenteam des veranstaltenden GEW-Kreisverbands begrüßten Christiane Grenda und Ludwig Julius die Gäste und gaben ihrer Freude Ausdruck, dass der proppenvolle Saal doch ein verbreitetes Bildungsinteresse zeige.

Diskussionsleitende Fragestellungen:

I. Wie wichtig ist Bildung in Ihrer Partei?

(Die jeweiligen Zitate geben nicht die gesamte Aussage wieder, sondern stellen nur einen oder mehrere wesentliche Punkte heraus.)

Brede-Hoffmann (SPD): "Bildung ist in der SPD auf Platz eins.... Sie ist das einzige Ressort, dessen Haushalt um 6,2% gewachsen ist."

Schreiner (CDU): "Bildung ist der einzige Ausgabenschwerpunkt. Klöckner will den Unterricht in diesem Land garantieren."

Dr. Schmitz (FDP): "Die Bildungspolitik hat eine Priorisierung verdient."

Köbler (Die Grünen): "Bildung ist für uns die zentrale Zukunftsfrage der Gesellschaft."

Vosskühler (Die Linke): "Bildung steht hinter Arbeit und Sozialem an dritter Stelle. Das ist aber keine Rangliste."

2. Müssen wir im Bereich der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten bescheiden sein?

Brede-Hoffmann (SPD): "Ganz hohe Priorität hat die Beitragsfreiheit....2013 gibt es einen Rechtsanspruch für Einjährige. Für die Kommunen bedeutet das eine riesige Kraftanstrengung. Wir müssen den Kommunen helfen, dass das funktioniert. Die Schuldenbremse gilt nicht für den Bereich der Bildung."

Schreiner (CDU): "Es ist nicht Gott gegeben, dass wir in Rheinland-Pfalz von der Solidarität der anderen leben müssen. Ziel muss sein, dass wir unsere Angelegenheiten regeln können. Das bedeutet, dass wir hingucken müssen, was wir ausgeben. …. Ich erlebe als Vater die Not der Kindergärten jeden Tag. Die Eltern sollten den Erzieherinnen den Spielraum geben, dass diese entlastet sind für ihre pädagogische Arbeit. …. Sie liefern ihre Kinder dort nicht einfach ab, sondern versuchen, die Erzieherinnen zu unterstützen."

Dr. Schmitz (FDP): Er vertritt die Meinung: "...dass man in allen Altersstufen den Kindern die Möglichkeit für optimale Bildungschancen gibt. Wir sagen, überall da, wo sprachliche Defizite sind, sollte sprachlich gefördert werden. Wir brauchen eine frühere Sprachdiagnostik, mit dem Beginn der Grundschule ist es zu spät."

Köbler (Die Grünen): "Die Investition in Bildung von Anfang an ist entscheidend. Es ärgert mich ungemein, wenn wir bei der Spardiskussion immer an Bildung denken. Die Frage in der frühkindlichen Bildung ist die der Qualität. Die ErzieherInnen bekommen immer mehr Aufgaben für immer jüngere Kinder. Dafür ist der Personalschlüssel zu groß bemessen. Wir müssen mehr Personal in die Kitas bringen."

Vosskühler (Die Linke): "Wir müssen die Kita aufwerten, und das geht über Löhne.Wir müssen nicht nur in Beton investieren, sondern in engagiertes Personal, in Sozialpädagogen und Psychologen. Wenn wir eine gute Bildung wollen, müssen wir hoch investieren. Wir brauchen eine ganz andere Steuerpolitik u.a. eine Finanztransaktionssteuer. Die Bildung ist finanzierbar, wenn man nur den Willen dafür aufbringt."

3. Wie sehen Sie den Schulbereich Primar- und Sekundarstufe?

Brede-Hoffmann (SPD): "Das Ziel ist ein längeres gemeinsames Lernen, und das wurde geschaffen in der Orientierungsstufe der RS+. Durch die demographische Entwicklung könnte man richtig Geld einsparen. Aber wir benützen das Geld bzw. die Lehrerstellen



Kurt Beck besucht GEW-Messestand

Betriebs- und Personalrätemesse 2011 der TBS-RLP in Frankenthal

Die GEW Rheinland-Pfalz war auf der Betriebs- und Personalrätemesse der Technologieberatungsstelle Rheinland-Pfalz am 15./16. Februar 2011 in Frankenthal mit einem Stand vertreten, an dem insbesondere das GEW-Konzept für Modulare Personalratsschulungen (MoPS) vorgestellt wurde. Das Foto zeigt Ministerpräsident Kurt Beck (rechts) bei seinem Besuch des GEW-Standes im Gespräch über das MoPS-Konzept mit dem GEW-Landesvorsitzenden Klaus-Peter Hammer (Mitte) und GEW-Landesgeschäftsführer Udo Küssner (links).

und machen die Klassen kleiner. Angestrebt wird die Zahl 24 in den Grundschulen und die Zahl 25 in den weiterführenden Schulen. Das Geld dafür kommt aus der demographischen Rendite. Mein Traum ist, jedes Kind soll in eine Schule gehen, in der der Weg zum Abitur möglich ist."

Schreiner (CDU): "Das A und O ist, dass wir in der Schule Ruhe brauchen; wir in vernünftigen Gruppengrößen für Lernprozesse Kraft und Zeit haben; wir die Schulen, die wir haben, nicht unnötig in Gefahr bringen; wir das Gymnasium erhalten; wir die BBS stärken. Der berufsbildende Bildungsgang muss grundlegend gestärkt werden. Es geht nicht darum die RS+ aufzulösen. Dort, wo noch Hauptschulen existieren, dürfen wir diese nicht in Gefahr bringen. Wir sind dafür, kleine Schulen in Rheinland-Pfalz zu erhalten."

Dr. Schmitz (FDP): "Das, was gut ist an der RS+, sollten wir stärken. Wir sollten ein differenziertes Schulsystem erhalten. Überall da, wo Eltern entscheiden können, sollten sie das auch tun. Schule ist nicht nur Lernumfeld, sondern auch Lebensgemeinschaft.

Köbler (Die Grünen): Die Schule muss besser, die Schule muss gerechter werden. Die demographische Rendite muss voll im Bildungsbereich belassen, der Schulpsychologische Dienst und die Schulsozialarbeit müssen verbessert werden. Wir müssen die Grundschulstandorte erhalten. Wir müssen eine Schulform ausbauen, in der alle gemeinsam lernen. Die soziale Selektion nach der 4. Kl. muss schrittweise abgebaut und überwunden werden. Wir brauchen längeres gemeinsames Lernen, dort wo es gewollt wird."

Vosskühler (Die Linke): "Unser Ziel ist eine Schule für alle bis zur 10. Klasse. Nur diese Schulform ist in der Lage eine wesentliche Forderung der UN-Menschenrechtskonvention zu garantieren, und zwar dass der soziale Status nicht entscheiden darf. Man braucht aber gesellschaftlichen Konsens. Es gilt diesen Konsens zu schaffen und Ängste zu nehmen."

4. Wie geht es weiter nach der Schule?

Brede-Hoffmann (SPD): "Der Bolognaprozess ist ein europäischer Prozess, und es gab europäischen Druck, sich da anzuschließen. Eines ist richtig: Die Studienreform kam gerade recht, denn es gab wahnsinnige Studienzeitlängen. …. Die Politik hat die Studienbedingungen nicht formuliert. Was die Politik gemacht hat, war die Zertifizierung der Studiengänge. Nach dem Hochschulgesetz gibt es keine Barriere zwischen dem Bachelor- und dem Masterstudium. …. Was überhaupt nicht mehr funktioniert, ist ein freies, selbstverantwortliches Studium."

Schreiner (CDU): "Wo in Beton investiert wird an den Universitäten in Rheinland-Pfalz, ist Rheinland-Pfalz unschlagbar. Aber, wo es um Köpfe geht, tut sich nichts. Es müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Dr. Schmitz (FDP): "Jeder hat das Recht zu hören, was die Parteien planen und vorhaben. Wir haben in Rheinland-Pfalz zusammen mit der SPD regiert, und da muss man sich zusammenraufen."

Köbler (Die Grünen): "Bolognese ist Käse. Unter dem hehren Ziel der Vereinheitlichung der Studiengänge gibt es ein Chaos, weil alle möglichen Interessengruppen zu Wort kommen. Es gibt mehr Druck, mehr Prüfungen, man spricht von "Bulimielernen". Es gibt eine komplette Verschulung der Lehrpläne und des Studiums."

Vosskühler (Die Linke): "Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind unterfinanziert, sie haben in Deutschland die rote Laterne... Eine solide Finanzierung des Bildungssystems geht nicht über Studiengebühren, sondern über die Steuern. Bei einer Steuerquote des



Jahres 2000 hätten wir Mittel, um eine gute Bildung zu finanzieren. Wir haben eine Prekarisierung im wissenschaftlichen Mittelbau der Hochschulen. Für den wissenschaftlichen Mittelbau sind Mindestlöhne notwendig

Klaus-Peter Hammer (GEW Landesvorsitzender) sprach am Ende der lebhaften Diskussion im Podium und mit dem Plenum das Schlusswort. Er erklärte, dass die GEW viele dieser Themen angehen werde und hob insbesondere den Bereich der Bildungsfinanzierung hervor. Er unterstrich: "Man kann überlegen, in welchem Bereich man sich verschuldet. In der Bildung aber ist das Geld immer richtig angelegt."

Gerlinde Schwarz

GEW Kreis Altenkirchen Kurz, kompakt und kompetent

"Muss ich als Teilzeitkraft an allen Konferenzen teilnehmen?" "Darf die Schulleitung regelmäßig 3 Stunden pro Monat als Mehrarbeit anordnen?" "Muss ich als Teilzeitlehrkraft an Klassenfahrten teilnehmen und bekomme ich die 'Überstunden' bezahlt?".

Das waren Fragen, mit denen sich Mitglieder der örtlichen Personalräte im Kreis Altenkirchen auf Einladung von Heribert Blume als kommissarischem Sprecher des Kreisverbandes Altenkirchen am 16. Februar beschäftigten.

Diese Veranstaltung war eine von mehreren kurzen und kompakt durchgeführten Informationsnachmittagen, zu denen der Kreisverband Altenkirchen in Zusammenarbeit mit Dieter Roß als Leiter der Rechtsschutzstelle der GEW eingeladen hatte.

Bereits im 1. Schulhalbjahr 2010/2011 hatte diese Reihe von zweistündig geplanten Kompaktveranstaltungen zu personalvertretungsrechtlichen Themen begonnen. Ins Leben gerufen hatten diese Form des kurzen, kompakten und kompetent durchgeführten Seminars im Kreis Altenkirchen der kommissarische Sprecher des Kreises Heribert Blume und der Leiter der Rechtsschutzstelle Dieter Roß. Bisher behandelte Themen waren "Umgang mit dem Gliederungsplan", "Informationsmöglichkeiten des ÖPR", sowie "Verhältnis

zwischen ÖPR und Stufenvertretungen". Dieses Mal hieß das Thema "Lehrerarbeitszeit".

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig darin, dass diese Form ein hervorragend nutzbares Angebot darstellt, weil der Zeitrahmen von zwei Stunden gut in den sowieso schon dicht gedrängten Kalender der Lehrkräfte passt.

di

Kreis Koblenz-Mayen Inklusion verändert Arbeit

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe lud der GEW-Kreisverband Koblenz-Mayen am 24. Februar zum Thema "Inklusion - die Folgen für unser Schulsystem" ein. TeilnehmerInnen der Veranstaltung waren Lehrkräfte, insbesondere aus Förderschulen und Schwerpunktschulen, Beschäftigte der Studienseminare und Schulberatung sowie weitere Betroffene. Bereits in dieser Zusammenstellung lag der Reiz der Diskussion, die sich im Nachgang zur thematischen Einführung der Referenten ergab. Dabei stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest, dass Schulen und Lehrkräfte nur sehr unzureichend auf inklusives Arbeiten vorbereitet würden und die dafür gewährten Ressourcen oft nicht ausreichten, um allen Beteiligten zufriedenstellende Bedingungen zu bieten. Da das Thema Inklusion auch in den Studienseminaren noch in den Kinderschuhen steckt, können die betroffenen Schulen in vielen Fällen auf wenig Know-how zurückgreifen. In diesem Zusammenhang wurden auch Unsicherheiten von Beschäftigten im Umgang mit den gestellten Anforderungen thematisiert. Von der GEW wird der massive Ausbau der Fortbildung von Lehrkräften und der Vorbereitungszeit, die für die Planung dieser Arbeit notwendig ist, gefordert.

Umso erstaunlicher ist es, mit wie viel Einsatz und Nachdruck an den Schwerpunktschulen Konzepte entwickelt und vorangetrieben werden. Dennoch sind Erfolge kein Selbstläufer. Allen DiskussionsteilnehmerInnen war klar, dass die Einbeziehung behinderter Schülerinnen und Schüler in eine Regelschule die Vergrößerung der Bandbreite der Heterogenität bedeutet. Wenn das Schulsystem dieser Herausforderung erfolgreich begegnen will, muss sich die Unterrichtskultur nachhaltig verändern.

Einigkeit herrschte auch in der Einschätzung, dass die Entwicklung erst am Anfang stehe. Eine solche tiefgreifende Veränderung sei nicht in kurzer Zeit umsetzbar. In allen Beiträgen wurde aber auch die Einschätzung geäußert, dass die Entwicklung nicht umkehrbar sei, da sie in den europäischen und weltweiten Rahmen der Menschenrechtskonvention eingebettet sei.

Thomas Rauch

Kreis Ludwigshafen/Speyer Klaus-Peter Hammer bei MV

Da am 25. Mai der Gewerkschaftstag des Bezirks Rheinhessen-Pfalz stattfindet, war es notwendig, eine Mitgliederversammlung schon früh im Jahr zu terminieren, um die Delegierten dafür zu wählen. Da außerdem die Landtagswahlen im März anstanden, war es sinnvoll, unseren Landesvorsitzenden Klaus-Peter Hammer einzuladen, damit er die "GEW-Forderungen an die Parteien" den Mitgliedern erläutern konnte.

Das Vorsitzendenteam nutzte gleichzeitig die Gelegenheit, die Aktivitäten des Kreises im vergangenen Jahr darzustellen Die Gespräche zur Umsetzung der Schulstrukturreform in den Kommunen bildeten den inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit. Leider ist es den Vorsitzenden noch immer nicht gelungen, den für die Schulen Verantwortlichen des Rheinpfalz-Kreises zu einem Gespräch über die Umsetzung der Schulstrukturreform in seinem Zuständigkeitsbereich zu bewegen.

Die Beteiligung der angestellten KollegInnen im Bildungsbereich an den Streikaktionen vor einem Jahr war beachtlich. Aus dem Kreis fuhren zwei voll besetzte Busse nach Karlsruhe.

Um das Tarifpaket der laufenden Tarifverhandlungen durchzusetzen, sind wieder Streikmaßnahmen notwendig, wie Klaus-Peter Hammer erläuterte. Die Arbeitgeber auf Länderebene sind zurzeit noch nicht bereit, den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" auch im Bildungsbereich umzusetzen. Bis zu 500 Euro weniger verdienen Lehrkräfte, die nicht verbeamtet sind. Aber auch bei beamteten Lehrkräften in den RS plus und den IGSen wird für gleiche Arbeit stark unterschiedlich entlohnt. Mit einem Stufenmodell, das über 10 Jahre gestreckt umgesetzt werden könnte, wäre laut Hammer die Realisierung "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" möglich, wenn die Landesregierung denn wollte.

Die Festlegung der Schuldenbremse in der Verfassung werde die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bildungsbereich erheblich erschweren. Der einzige "Rohstoff" Deutschlands - die Bildung - koste Geld. Das müsse bereitgestellt werden, soll Deutschland nicht den Anschluss an die anderen Industrienationen verlieren. Klaus-Peter Hammer befürchtet für die Zukunft allerdings einen Wettlauf der einzelnen Bildungsbereiche um das knapper werdende Geld. Siegen werde der Bildungsbereich, der die stärkste Lobby hat.

Um diesen Wettkampf ums Geld zu verhindern, müssten die gewerkschaftlichen Rechte gestärkt werden, d.h. auch Beamte müssten das Streikrecht erhalten. Eine Möglichkeit dazu gibt es. Über den Menschenrechtsgerichthof könnte das europäische Streikrecht aus anderen EU-Ländern auch für die BRD erstritten werden. Allerdings brauche es dazu einen Präzedenzfall. Ob es in absehbarer Zeit ein GEW-Mitglied gibt, das sich auf diesen langen Prozessweg begibt?

Selbstverständlich wurden in der Mitgliederversammlung auch die 7 Delegierten und 3 Ersatzdelegierten für den Gewerkschaftstag gewählt.

Die Versammlung schloss mit einem gemeinsamen Abendessen, das für viele kollegiale Gespräche Raum ließ.

U.K.

Impressum GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz (II8. Jahrgang)

 $\label{thm:constraint} \textbf{Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz, Neubrunnenstr.~8,~55116} \\ \textbf{Mainz, Tel.: 0~61~31~28988-0, Fax: 0~61~31~28988-80, E-mail: gew@gew-rlp.de}$

Redaktion: Günter Helfrich (verantuv.), Dr. Paul Schwarz (Stellvertr./Bildungspolitik), Ursel Karch (Gewerkschaftspolitik), Dr. Gerlinde Schwarz (Reportagen), Karin Helfrich (Redaktionsmanagement) Redaktionsanschrift: GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Postfach 22 02 23, 67023 Ludwigshafen, Tel./Fax: 06 21 564995, e-mail: guenter.helfrich@gew-rlp.de

 $\label{lem:continuous} \textbf{Verlag und Anzeigen, Satz und Druck: Verlag Pfälzische Post GmbH, Winzinger Str. 30, 67433 Neustadt a.d.W., Tel.: 063 21 8 03 77; Fax: 0 63 21 8 62 17; e-mail: vpp.nw@t-online.de$

Manuskripte und Beiträge: Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder zugemailte Daten wird keine Gewähr übernommen.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten; für Nichtmitglieder jährlich Euro 18,-- incl. Porto + MWSt. (Bestellungen nur beim Herausgeber.) Kündigung 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres. Im anderen Falle erfolgt stillschweigend Verlängerung um ein weiteres Jahr.

Anzeigenpreisliste Nr. 14 beim Verlag erhältlich. Redaktionsschluss: jeweils der 1. des Vormonats.

DIE SCHULFOTOGRAFIN

Wenn man einmal einen langen Abend im Kreise netter Menschen verbringen möchte, muss man nur eines tun: Auf einer Sitzung der Gesamtelternvertretung das Wort "Schulfotograf" in die Runde werfen.

Vor drei Jahren gab es einen, der aus den fünf geknipsten Klassenfotos das mit den schönsten Schülergesten und grimassen auswählte. Der vorletzte ließ ganze Klassen bei klirrender Kälte in Kleid und Sonntagshemd auf dem Schulhof Schlange stehen, um sie in einem Lieferwagen zu fotografieren. Der letzte wollte Hochzeitsfotopreise für eine kleine Mappe immer gleicher Kinderportraits vor blaugestreiftem Hintergrund. Die dafür kostenlosen Klassenfotos kamen erst nach einem halben Jahr und nach zahlreichen persönlichen Nachfragen genervter Eltern. "Guck mal, so klein war ich mal!", raunte beim Betrachten des kostbaren Papiers Janni ihrer besten Freundin Corinna zu.

Dieses Jahr ist nun alles ganz neu: Eine Fotografin!

Schon Anfang der Woche werden die ersten Schultüten vorbeigebracht und vor meinem Klassenraum abgelegt. Ein Wunder, dass sie dort liegen bleiben, denn sie sind noch komplett gefüllt. Am Fototag sitzen dann viele festlich gekleidete Erstklässler vor mir und fragen mich alle 2,5 Minuten, wann endlich das Foto gemacht wird. Ich kann es ihnen nicht sagen, aber schon um 9:30 Uhr sehe ich die Fotografin mit der ersten unserer sechs Eingangsklassen beim Klassenfoto auf dem Hof. Egal, wie ich rechne, ich komme immer wieder zu dem Schluss, dass bei gleich bleibendem Tempo die letzte Klasse gegen 17 Uhr fotografiert wird und die Kinder sich bis dahin natürlich nicht schmutzig machen dürfen.

Gegen 10:00 Uhr knurren die ersten Mägen laut. Also erlaube ich ein vorsichtiges Frühstück. Zum Glück sieht man Eistee auf schwarzem Anzug nicht, und der Joghurt lässt sich mit einem dieser von der Schweinegrippepräventionsbehörde gesponsorten Papierhandtücher abwischen.

Ein ungehaltener Vater, der seinen an Noroviren erkrankten Sohn extra für das Foto geschniegelt und vorbeigebracht hat, macht die Fotografin überzeugend auf seinen Terminkalender aufmerksam - und dann geht alles ganz schnell. Wir sollen in die Mensa zum Fototermin, und zwar sofort. Ich wasche den letzten Pudding von einem Schlips.

Eine zarte Frau mit einem Stimmchen, welches nicht einmal zwei Kinder auf sich aufmerksam machen kann, erklärt den Kindern das Prozedere, sodass es gleich losgehen kann. Der erste Erstklässler stellt sich vor Tafel und Fotohintergrund auf, die Fotografin rückt ihn zurecht, die coolen Zweitklässlerjungs halten sich mit lautstarken Kommentaren nur wenig zurück. Zwei Kinder später fechten die ersten mit ihren Schultüten, angefeuert von ihren Klassenkameraden. Alle Ermahnungen helfen nur kurz. Die Zweitklässlerinnen kitzeln während dessen zwei Jungs ab, die mit lautem Gelächter mitten ins perfekte Bild purzeln.



Also beginnt das Aufstellen des erschrockenen ABC-Schützen von Neuem. Die Kitzelwütigen dürfen sich derweilen an der Fensterfront in gebührendem Abstand voneinander positionieren. Zugleich lebt das Schultütenfechten wieder auf. Während ich die Tüten einsammle, klettern die verbleibenden Zweitklässler über die Esstische. Der Hausmeister kommt vorbei und lässt einen solchen Brüller los, dass die Fotografin vor Schreck das Foto verwackelt und das kleine Mädchen, welches vor der Kamera steht, bitterlich anfängt zu weinen. Zum Glück habe ich Taschentücher und Puder dabei.

Kaum ist das Gesichtchen getrocknet, ertönen Schreie, denn die Kitzelgruppe hat sich mittlerweile ineinander verhakt. Eine Schleife hängt im Reißverschluss, der gleichzeitig noch die Locken einer Dritten eingeklemmt hat. Mit sanfter Gewalt und Ondolierstab ist bald alles wieder zurechtgerückt.

Das Klassenfoto möchte die Fotografin nach der Essenspause machen. Eine schlechte Idee, ich muss ihr erklären, dass dann einige Kinder nicht mehr da sind, weil sie Unterrichtsschluss haben.

Also wird das Foto auf den vollen Schulhof verlegt. Auf dem Weg dorthin geht etwa die Hälfte der Kinder unter den Mensatischen und zwischen tobenden Schülern verloren. Die Fotografin murrt mich an. Ich kommentiere daraufhin freundlich ihre Zeitplanung und gebe konstruktive Verbesserungsvorschläge.

Endlich sind fast alle Kinder zusammengeholt und alle klassenfremden Kinder aus der Gruppe entfernt. Die Fotografin benötigt mehrere Versuche, bis alle Kinder bemerkt haben, wo der Fotoapparat steht, und wissen, dass man bei einem Klassenfoto nicht auf dem Boden liegt und dem Mitschüler nicht die Schultüte auf den Kopf schlägt. Mir rinnt der Schweiß und ich bin froh, als alle Schultüten und Kinder fotografiert und gerettet sind.

Einige Wochen später erhalten wir die Fotos. Immerhin sind alle Einschüler und viele Zweitklässler auf dem Klassenfoto und die Hälfte letzterer schaut sogar in Richtung Fotoapparat. An unserer Pinnwand hängt ein Zettel, auf dem die Fotografin detailliert unsere Erfolge beim Geldeintreiben kommentiert. Vielleicht hätte sie die damit vergeudete Zeit besser für eine Überarbeitung ihres Terminmanagements nutzen sollen?

Constanze von Essen

